

# Das Parlament

**KOPF DER WOCHE**

## Oberste Demografin

**Cornelia Rogall-Grothe** Über Arbeit braucht sich die beamtete Staatssekretärin im Bundesinnenministerium nicht zu beklagen: Bundesbeauftragte für IT-Technik, Chefin des Cyber-Sicherheitsrats, Leiterin des neu geschaffenen Staatssekretär-Ausschusses zur Demografie. Cornelia Rogall-Grothe, Jahrgang 1949, arbeitet seit 1977 im Innenministerium und ist dort bis zur Abteilungsleiterin aufgestiegen. 2010 wurde sie Staatssekretärin. Seit dem Kabinettsbeschluss zur umfassenden Demografiestrategie 2009 koordiniert die Juristin als „oberste Demografin“ im Haus von Minister Friedrich (CSU) die vielen Aktivitäten. Jetzt bereitet sie den ersten Demografieplan am 4. Oktober vor. Dort wird sie ihr Credo kundtun: Der demografische Wandel ist kein Horrorzenario, sondern „eröffnet uns große Chancen, diesen Wandel zu gestalten“. *kru*



**ZAHL DER WOCHE**

81,8

**Millionen** Menschen lebten Ende 2011 laut Statistischem Bundesamt in Deutschland. Das war ein Anstieg um 92.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Es war die erste Bevölkerungszunahme seit 2002. Sie resultierte vor allem aus dem Zuzug von 958.000 Menschen gegenüber 679.000 Fortzügen. 663.000 Geburten standen 852.000 Sterbefällen gegenüber.

**ZITAT DER WOCHE**

**»Demografie ist Tatsache, aber kein unabwendbares Schicksal.«**

Rita Süßmuth (CDU), frühere Bundestagspräsidentin. Sie hatte sich als Familienpolitikerin und Vorsitzende der Zuwanderungskommission stets mit demografischen Fragen auseinandergesetzt.

**IN DIESER WOCHE**

- MENSCHEN UND MEINUNGEN**  
Interview Franz Müntefering (SPD) und Florian Bernschröder (FDP) im Dialog **Seite 2**
- DEMOGRAFISCHER WANDEL**  
Regierungsbericht Experten debattieren über Strategie **Seite 6**
- DEBATTENDOKUMENTATION**  
Sondersitzung Bundestag billigt Hilfen für marode spanische Banken **Seiten 16, 17**
- KEHRSEITE**  
Parlament Im Kunst-Raum des Deutschen Bundestags **Seite 18**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Alle können profitieren

**DEMOGRAFIE** Deutschland altert, aber es gibt unzählige konstruktive Strategien, um damit umzugehen

Es war im Jahr 1995, als die Stadt Arnberg allen über 50-jährigen Bürgern eine Postkarte schrieb. „Wie wollen Sie im Alter leben?“ stand darauf. Die Aktion war ein Skandal – und ein voller Erfolg. Denn die Bürger regten sich zwar darüber auf, was die Stadt ihre persönliche Lebensplanung anging. Aber gleichzeitig löste die Aktion einen intensiven Dialog aus. Seitdem wurde die Stadt im Sauerland mehrfach für ihre Modellprojekte zum demografischen Wandel ausgezeichnet. Wie in Arnberg gibt es überall im Land hunderte Initiativen, um konstruktiv mit den Veränderungen in der Bevölkerung umzugehen. Denn dass Deutschland in den nächsten Jahrzehnten deutlich schrumpfen wird, bunter und auch älter wird, kann nicht mehr verdrängt werden. In den ersten Branchen und Regionen werden die Lehrlinge knapp. Fachkräfte werden dringend gesucht. Die Geburten haben im vergangenen Jahr mit 663.000 Babys ein Allzeit-Tief erreicht.



Deutschland wird älter, aber davor braucht niemand Angst zu haben: Wenn der demografische Umbau durch Reformen begleitet wird, können alle Generationen davon profitieren.

**Was Unternehmen brauchen**

Diese Fakten wären düster, wären da nicht die vielen intelligenten Projekte landauf, landab. Sie zeigen, dass der Wandel gestaltbar ist. Wenn wir die Weichen richtig stellen, können alle Generationen davon profitieren. Vor tiefgreifenden Änderungen steht die Arbeitswelt. Für Ältere brechen gute Zeiten an. Bislang häufig auf Abstellgleis geschoben, rücken sie ins Zentrum der Personalarbeit. Immer mehr Firmen erkennen, dass es sinnvoller ist, die vorhandenen Fachkräfte besser zu fördern und länger im Betrieb zu halten statt – oft vergeblich – nach jungen Mitarbeitern zu fahnden. Natürlich brauchen Unternehmen beides: frisches Talent aus der Schule und Uni, aber auch die grauen Köpfe, in denen jahrzehntelanges Fachwissen abgespeichert ist. Fast schon ideal kombiniert das die badische Großbäckerei K&U aus Neuburg mit ihrem „Senior-Azubi“-Programm. Es ist speziell zugeschnitten auf Menschen über 40 und bildet sie zu Fachverkäufern, Bäckern und Konditoren aus. K&U-Vertriebschef Winfried Fletschinger hat es sich ausgedacht, weil er schon 2011 nicht mehr genügend Lehrlinge gefunden hat. Seine Zielgruppe sind die ungelerten Kräfte aus dem eigenen Betrieb und Berufsrückkehrerinnen nach der Familienphase. Handwerkskammer, Berufsschule und die Arbeitsagentur sind eingebunden. Letztere fördert die Senior-Azubis über das WeGebAU-Programm und übernimmt zwei Drittel der Lohnkosten und Sozialbeiträge während der Ausbildung. Vertriebschef Fletschinger ist mit seinen Lehrlingen jenseits der 40 hochzufrieden: „Ihre Prüfungsergebnisse sind im Schnitt viel besser als die der Jüngeren, weil sie viel motivierter sind.“

**Die körperliche Leistungsfähigkeit kann bei ausreichend Training gut erhalten werden.**

Kostenrisiken der demografischen Entwicklung. Sie sind deutlich höher als in der Rentenversicherung, die zudem durch eine längere Lebensarbeitszeit stabil gehalten werden kann. Bei der Gesundheitsvorsorge ist Prävention entscheidend – und der Abbau der Vorurteile gegen das Altern. Anders als oft vermutet, nimmt die körperliche Leistungsfähigkeit bei ausreichendem Training kaum ab. An der Sporthochschule Köln wurden 900.000 Laufzeiten von Marathon-Läufern zwischen 20 und 79 Jahren ausgewertet. Ein Viertel der Läufer zwischen 65 und 69 Jahren waren sogar schneller als die Hälfte der 20- bis 54-Jährigen. Das gilt erstaunlicherweise auch, wenn sie erst vor wenigen Jahren mit dem Training begonnen haben. „Leistungsabfall im mittleren Lebensalter sind primär auf eine inaktive Lebensweise, nicht aber auf die biologische Alterung zurückzuführen“, sagt Studienautor Dieter Leyk. Wenn das Statistische Bundesamt Destatis hochrechnet, dass die Zahl der Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis 2030 um 26 Prozent zunehmen wird, ist das kein unabwendbares Schicksal. Wir können etwas dagegen tun und uns mehr bewegen. Regelmäßiges Spaziergehen reicht oft schon, es muss gar kein Marathon sein. Nicht um die Kosten der Krankenkassen gering zu halten, das würde wohl kaum jemanden motivieren. Wir sollten es für uns selber tun, für eine gesunde, leistungsfähige zweite Lebenshälfte. Noch klingt es für viele abstrus, doch wenig würde Hochaltrigen mehr helfen als das Auf-

**Es gibt immer noch viele Vorurteile gegen ältere Mitarbeiter. Fast alle davon sind falsch.**

stellen von Muskelmaschinen im Pflegeheim: Schon zwölf Wochen Training an den Geräten führten in einer Modellstudie zu einer Verdoppelung der Kraft und einer mehr als 20-prozentigen Steigerung der Leistungsfähigkeit. **Angespannte Pflege** Auch der Pflegebereich wird sich in den nächsten Jahren stark ändern. Rund 4,5 Millionen Pflegebedürftige erwartet das Statistische Bundesamt im Jahr 2050, fast eine Verdoppelung der heutigen Zahlen von 2,4 Millionen zu Pflegeenden in Deutschland. Nach wie vor werden viele sicherlich zu Hause gepflegt, manche auch in Heimen. Doch daneben werden Wohnformen wie Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften entstehen. Auch die ambulante Tagespflege ist eine Alternative, die zu wenig genutzt wird. Beides senkt die Kosten der Betreuung und erhöht in vielen Fällen die Lebensqualität der Betroffenen.

**Problem Gesundheitsvorsorge**

Hinzu kommen intelligente Initiativen gegen Leerstand wie beispielsweise im niedersächsischen Hildesheim. Mit „Jung kauft Alt“ lockt die Kommune Familien mit einem Zuschuss in die leerstehenden Häuser im Zentrum – und vermeidet so die kostenträchtige Ausweisung neuer Baugebiete. Ein bislang zu wenig beachteter Bereich ist die Gesundheitsvorsorge. Wie das Sachverständigengutachten der so genannten „Fünf Weisen“ zum Bevölkerungswandel vom Frühjahr 2011 zeigt, liegen hier die größten

**EDITORIAL**

## Noch fehlt eine Vision

VON JÖRG BIALLAS

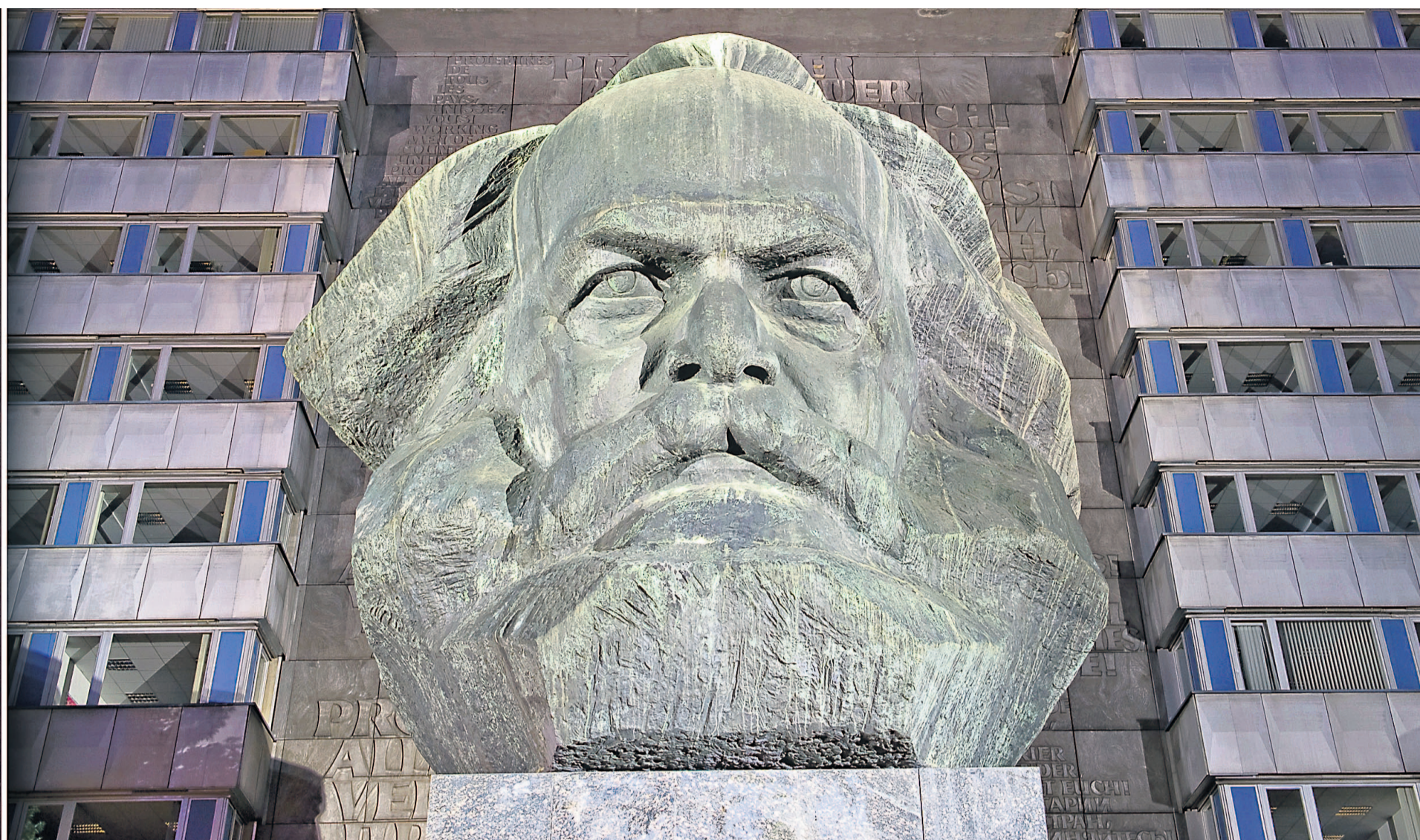
Die öffentliche Wahrnehmung politischen Handelns geschieht mitunter aufgeregt, oft übertrieben, in anderen Fällen eher oberflächlich. Immer aber ist die mediale Aufmerksamkeit ganz unmittelbar an das singuläre Ereignis gekoppelt. Einordnung in Zusammenhänge ist da eher hinderlich. Die Flut der Nachrichten überspült den Anspruch des Publikums nach komplexer Darstellung. Politisch gefragt ist mithin der schnelle, leicht vermittelbare Erfolg, weniger der kleine Zwischenschritt auf dem Weg zu einem entfernten Ziel. Deshalb tut sich die Politik gelegentlich schwer, komplizierte und facettenreiche Themen, die weit in die Zukunft reichen, kontinuierlich zu behandeln. Der demografische Wandel in diesem Land ist so ein Thema. Jeder weiß: Wir Deutsche werden immer weniger und immer älter. Diese Entwicklung birgt enorme Herausforderungen. Benötigt werden altersgerechte Wohnungen, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten nach Eintritt ins Rentenalter, eine funktionierende Infrastruktur auch im ländlichen Bereich, weil dort der Altersschnitt besonders hoch sein wird. Vor allem aber müssen die sozialen Sicherungssysteme dem absehbaren Szenario so angepasst werden, dass all das auch finanzierbar ist. An diesem Punkt greifen die politisch zu lösenden Aufgaben ineinander. Es gilt, die Rentenkasse für eine wachsende Belastung zu rüsten, den absehbar steigenden Pflegebedarf zu organisieren, die Krankenkassen bezahlbar zu halten. Diese Erkenntnisse bestimmen die Diskussionen seit Jahren. Und doch fehlt ein Gesamtbild, eine Vision, wie es sein wird, wenn das Arbeitsleben nach Gutdünken ausdehnbar ist. Wenn sich medizinische und pflegerische Versorgung zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige entwickeln. Wenn der Zuzug junger Ausländer Voraussetzung dafür ist, das gesellschaftliche Räderwerk am Laufen zu halten. Wenn Kinder so geschätzt werden, dass ihr geistiges Aufwachsen nicht nur als Aufgabe der Eltern, sondern als Verpflichtung für die Allgemeinheit gilt. Gern wird dargelegt, der demografische Wandel werde nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen. Das ist wahr. Nur: Um diese Chancen zu heben, müssen zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden, den fließenden Wechsel in eine neue Zeit möglichst reibungslos zu bewerkstelligen. Gelingt das, sind Zukunftssorgen hinfällig.



Firmen wie dieses mecklenburgische Logistikunternehmen beschäftigen zunehmend Ältere.

Die Autorin, Jahrgang 1966, ist Volkswirtin und arbeitet als freie Journalistin in Potsdam. Die frühere Politikchefin der „Welt“ und „Financial Times Deutschland“ hat sich auf den demografischen Wandel spezialisiert und kürzlich das Buch „Midlife-Boomer“ veröffentlicht.





„Dr Nischel“, das Karl-Marx-Denkmal in der Brückenstraße, ist Symbol der Sehnsucht vieler Chemnitzer nach kontinuierlicher Identität. Am Rathaus prangt der selbstbewusste Namenszusatz „Stadt der Moderne“.

# Vom Leben unterm Nischel

**CHEMNITZ** Besuch in einer Stadt, die sich dem demografischen Wandel gestellt hat und optimistisch in die Zukunft blickt

**E**gal“. Diese Antwort auf die Frage nach den Namen der Jugendlichen ist wenig ergebnisreich, eine Begeisterung, ein Gespräch zu führen, offensichtlich überschaubar. Woher sie kommen? „Nu ...“, – mit kurzem u – sagt einer, deutet mit dem Finger nach oben: „... Karl-Marx-Stadt.“ Über ihnen thront der riesige Bronzschädel des Mannes, der der sächsische Stadt zu DDR-Zeiten ihren Namen gab, „Dr Nischel“, wie die Menschen hier sagen, „der Kopf“ also wiegt stätliche 40 Tonnen und ist mit Sockel mehr als 13 Meter hoch. Nach der Wende durfte er an seinem angestammten Platz vor dem Gebäude in der Brückenstraße, das in der DDR den Rat des Bezirks beherbergte, bleiben. Die Stadt wurde umgetauft. Karl-Marx-Stadt heißt seitdem wieder Chemnitz. Die beiden Jugendlichen sitzen auf dem Boden am Fuß

und bleibt, wer das Ringen um eine lebenswerte Zukunft verloren hat. Und heute? Heute trumpft Chemnitz stolz mit dem selbst gewählten Namenszusatz „Stadt der Moderne“ auf. Das klingt hochtrabend, ist aber wahr: Viele der städtebaulichen Wunden, die Krieg und Sozialismus hinterlassen haben, sind geheilt oder wenigstens dabei, zu verheilen. Eine Innenstadt, einst so charmant wie ein riesiger, leerer Parkplatz, ist wieder ein Zentrum geworden. Das spätgotische Rathaus, das früher einsam und einem trotzigen, geschichtsträchtigen Bollwerk gleich inmitten sozialistischer Einheitsbauten fremdelte, ist inzwischen eingebettet in manchmal mehr, manchmal weniger gelungene moderne Architektur.

**60.000 Einwohner verloren** Im Rathaus residiert Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig. Die SPD-Politikerin war Landtagsabge-

ordnete und sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst. Seit 2006 steht sie an der Spitze ihrer Heimatstadt Chemnitz, die allein in den ersten 15 Jahren nach der Wende 60.000 Einwohner verloren hat. „Ein dramatischer Einschnitt“, sagt sie. Heute leben 240.000 Menschen in Chemnitz. 2030 sollen es nur noch 218.000 sein. Dennoch ist der Trend, der Stadt in Scharen den Rücken zu kehren, gestoppt; 2011 wurde mit fast 11.000 Zuzüglern die höchste Zuwanderung seit 1990 registriert. Auch die Geburtenrate zeigt wieder nach oben. Und doch: In den EU-Mitgliedsstaaten soll das Durchschnittsalter bis 2030 auf 45 Jahre steigen. In einigen, wenigen Regionen wird hingegen ein Altersschnitt der Bevölkerung von 48 Jahren erwartet. Darunter auch Chemnitz.

die Stadt bedeutet das eine Chance, Einwohner zu gewinnen. Das wird aber nur dann gelingen, wenn die Ausbildung an der Technischen Universität (TU) so attraktiv ist, dass Chemnitz Studierende nachhaltig begeistert.

**Attraktive Uni** Dafür ist Arnold von Zyl zuständig. Seit fünf Monaten ist der aus Südafrika stammende Professor für Bauingenieurwissenschaften Rektor der TU Chemnitz. „Natürlich“, sagt er gleich zu Beginn des Gesprächs, „ist der demografische Wandel bei uns ein großes Thema.“ Das sei schon daran erkennbar, dass von dem derzeit an der TU lehrenden 156 Professoren in fünf Jahren 42 pensioniert sein werden. Der Hochschule stehen folglich personelle Umwälzungen bevor, die eine Verjüngung des Lehrkörpers mit sich bringen. In der Studentenschaft gilt Chemnitz als attraktiv. „Wir können nicht mit München oder Berlin konkurrieren“, sagt van Zyl. Aber neben den im Vergleich zu Metropolen geringeren Lebenshaltungskosten und fehlenden Studiengebühren lockt eine Vielzahl spannender Lehrangebote in den unterschiedlichsten Fachrichtungen in die sächsische Provinz. Ganz bewusst stellt die TU Chemnitz dabei auch den demografischen Wandel in den Mittelpunkt des Interesses. So gibt es soziologische Forschungsprojekte zum Verhältnis der Generationen, zur Migration in Europa, zur Stadtentwicklung oder zu Entwicklungsprozessen in Partnerschaften im Zeichen einer sich verändernden Gesellschaft.

Zahl der Arbeitslosen wird weiter zurückgehen“, sagt Corinna Wasilkow. Sie ist operative Geschäftsführerin der örtlichen Agentur für Arbeit und glaubt, besonders junge Fachkräfte hätten immer bessere Chancen in der Region. Und die Älteren? „Das ist leider schwieriger.“ Ein Viertel aller Arbeitslosen sei über 55 Jahre. Auch wenn sich da in den vergangenen Jahren einiges getan habe: Die Agentur-Geschäftsführerin wünscht sich bei der Einstellung älterer Arbeitnehmer mehr Flexibilität bei den Arbeitgebern. Klaus Gregor Eichhorn ist Anfang 30, in der Stadt geboren und aufgewachsen. Heute arbeitet er hier als Assistenzarzt, in seiner Freizeit schreibt er und macht Filme. Damit will er dazu beitragen, dass seine Heimatstadt auch für junge Menschen attraktiver wird. Mit ihm sitzen die Studentinnen Ines Knöfel und Sarah Langer im Hof des Alternativen Wohn- und Kulturprojektes „Kompott“ in der Leipziger Straße. Hier renovieren junge Chem-

nitzer Abrisshäuser, in denen sie dann leben und arbeiten, etwa als Künstler. Was anfangs durchaus nicht konfrontationslos mit der Stadt begann, ist mittlerweile ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes Projekt. Frei von Konflikten mit der Umgebung ist das Dasein hier gleichwohl nicht. Ines Knöfel fasst das so zusammen: „Die wollen uns nicht.“ Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen mit Nachbarn, etwa über Lärm – „obwohl wir genau auf die Vorschriften achten“, wie Sarah Langer versichert. Allerdings gibt es auch andere Erfahrungen. Etwa die, dass intensive Gespräche mitunter auch bei Kritikern des Projektes durchaus Verständnis für die Bedürfnisse der nachwachsenden Generation wecken können.

te. Dabei gehe es nicht nur darum, ein akademisches Publikum im Blick zu behalten – „nicht alle jungen Leute studieren“.

**Menschliche Herausforderung** Spätestens hier wird klar: Der demografische Wandel ist zuvorderst keine technische, keine bürokratische, sondern eine zutiefst menschliche Herausforderung. Letztlich geht es um Fragen wie diese: Wie wollen die Generationen miteinander leben? Wie kann ein gedeihliches Zusammensein organisiert werden? Wie lässt sich gegenseitige Toleranz vermitteln? Gut beraten ist, wer rechtzeitig nach Antworten sucht. Dann muss niemandem bange sein vor einer schrumpfenden und alternenden Gesellschaft – nicht in Chemnitz, nicht anderswo.

Jörg Biallas

**Chemnitz – das war über viele Jahre Synonym für eine sterbende ostdeutsche Stadt.**

**Der demografische Wandel ist keine technische, sondern eine menschliche Aufgabe.**



Der „Alterssimulationsanzug“ wurde an der TU Chemnitz entwickelt.

des Denkmals. Sie entsprechen nicht unbedingt der Idealvorstellung bürgerlicher Eltern von ihren Kindern: bunte Haare, schwarzes Outfit, ausgesprochen pflegebedürftige Kleidung. Die bereits geleerten und die bevorrateten Bierflaschen lassen auf einen längeren Aufenthalt am „Nischel“ schließen. Was sie so treiben in Chemnitz? „Nix“, und außerdem: „Karl-Marx-Stadt, nicht Chemnitz.“

**Wunsch nach Identität** Gewiss, diese Namens-(N)ostalgie mag eine Petitesse sein, begegnet dem Besucher aber immer wieder. Der anfänglichen Vermutung, es könnte sich um politisch motivierte Schwärmerei über verklärte sozialistische Vergangenheit handeln, weicht bald der Überzeugung: Hier spielt der Wunsch nach kontinuierlicher Identität mit. Und vielleicht sogar eine Portion Selbstbewusstsein. Chemnitz – das war über viele Jahre Synonym für eine sterbende ostdeutsche Stadt, zerrissen von unlöslichen DDR-Altlasten und nicht zu erfüllenden Anforderungen der neuen Zeit. Eine Stadt, in der die zahlreichen Industriebetriebe ein Heer von Arbeitslosen hinterlassen haben. Eine Stadt, die früher oder später wehloses Opfer des demografischen Wandels werden wird. Eine Stadt, aus der wegzieht, wer irgend kann,

ordnete und sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst. Seit 2006 steht sie an der Spitze ihrer Heimatstadt Chemnitz, die allein in den ersten 15 Jahren nach der Wende 60.000 Einwohner verloren hat. „Ein dramatischer Einschnitt“, sagt sie. Heute leben 240.000 Menschen in Chemnitz. 2030 sollen es nur noch 218.000 sein. Dennoch ist der Trend, der Stadt in Scharen den Rücken zu kehren, gestoppt; 2011 wurde mit fast 11.000 Zuzüglern die höchste Zuwanderung seit 1990 registriert. Auch die Geburtenrate zeigt wieder nach oben. Und doch: In den EU-Mitgliedsstaaten soll das Durchschnittsalter bis 2030 auf 45 Jahre steigen. In einigen, wenigen Regionen wird hingegen ein Altersschnitt der Bevölkerung von 48 Jahren erwartet. Darunter auch Chemnitz.

**Eine Chance für die Stadt** „Eine Herausforderung“, sagt Barbara Ludwig. Zahlen, glaubt die 50-jährige Oberbürgermeisterin, seien aber nicht alles: „Entscheidend ist das Bewusstsein, dass die Wende geschafft ist, das Bewusstsein, dass die eigene Leistungsfähigkeit ausreicht, die Dinge zu verändern.“ Gewiss, die Chemnitzer würden älter. Aber: „Junge Menschen kommen zum Studium nach Chemnitz – auch aus den alten Ländern, auch aus dem Ausland.“ Für

**Simuliertes Altern** Im technischen Bereich werden vor allem die Herausforderungen, die der demografische Wandel für die Arbeitswelt mit sich bringt, untersucht. Schülerndstes Beispiel: der in Chemnitz entwickelte sogenannte Alterssimulationsanzug, der das Hören, Fühlen, die Kraft und Beweglichkeit in verschiedenen Altersstufen künstlich erzeugt. Bei der Entwicklung von Produkten können so von vornherein die Bedürfnisse einer alternden Nutzergruppe berücksichtigt werden. Die Motivation, sich mit diesen Themen intensiv auseinanderzusetzen, beschreibt Rektor van Zyl so: „Wir haben in unserem Hinterhof ein fantastisches soziologisches Laboratorium.“ Teil des Erfolges ist darüber hinaus eine enge Kooperation mit der Stadt. „Wir planen, die Universität baulich noch stärker ins Zentrum zu verankern“, sagt van Zyl. Zudem ist vorgesehen, die einzelnen Standorte der Hochschule mit einer neuen Straßenbahnlinie zu verbinden. Stadt und TU versprechen sich davon mehr studentisches Leben in der Innenstadt, das auch damit zu kämpfen hat, dass von den 11.000 Studierenden 7.000 in die Region pendeln.

**Weniger Arbeitslose** Die Chancen stehen gut, dass ihnen allen nach Abschluss des Studiums eine berufliche Zukunft in der Region beschieden ist – wenn sie es denn wollen. Die Arbeitslosenquote, aktuell 10,8 Prozent in der Stadt Chemnitz, ist inzwischen ausgesprochen niedrig – und: „Die

tragen, dass seine Heimatstadt auch für junge Menschen attraktiver wird. Mit ihm sitzen die Studentinnen Ines Knöfel und Sarah Langer im Hof des Alternativen Wohn- und Kulturprojektes „Kompott“ in der Leipziger Straße. Hier renovieren junge Chem-

**Attraktivität fehlt** Die drei Chemnitzer eint die feste Überzeugung, dass es der Stadt an Attraktivität für junge Menschen mangelt: Kneipen, witzige Läden, Kulturangebo-

## FÜNF FRAGEN ZUR: LAGE IN SACHSEN-ANHALT



REINER HASELOFF (CDU) Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

**»Es muss neu definiert werden, was gleiche Lebensverhältnisse sind.«**

**Sachsen-Anhalt leidet besonders unter Bevölkerungsschwund. Wie bewältigt das Land die Probleme?** Der Bevölkerungswendepunkt resultiert seit einigen Jahren vor allem aus dem negativen Saldo von Geburten und Sterbefällen. Die Geburtenzahl hat sich seit der Wende halbiert und dürfte in diesem Trend vorerst weitergehen. Beschleunigt wurde der demografische Prozess dadurch, dass zu wenige Bürger Arbeit hatten und deshalb wegzogen. Künftig kehrt sich dieser Prozess aber um. Bis 2016 gehen rund 100.000 Erwerbspersonen mehr in Rente als nachrücken. Hier entsteht eine Lücke, die Sogwirkung entfalten wird. Durch flankierende Maßnahmen muss das Land für Zuzüglere attraktiver gemacht werden. Wir brauchen auch eine positive Lohnentwicklung, um mehr Menschen ins Land zu locken.

**Sachsen-Anhalt hat aber das Image eines Billiglohnlands ...** Wir liegen bei den Löhnen laut Statistiken im ostdeutschen Mittelfeld. In Thüringen sind die Durchschnittslöhne zum Beispiel niedriger als in Sachsen-Anhalt. Und der Unterschied bei den Löhnen zwischen Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein ist größer als der zwischen Nie-

dersachsen und Sachsen-Anhalt. Richtig ist aber: Die Löhne müssen bei uns steigen, vor allem bei den Dienstleistungsbereufen, aber auch in fast allen anderen Bereichen.

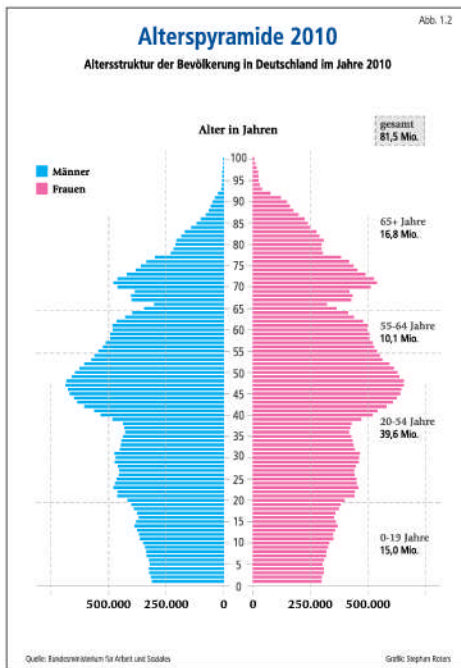
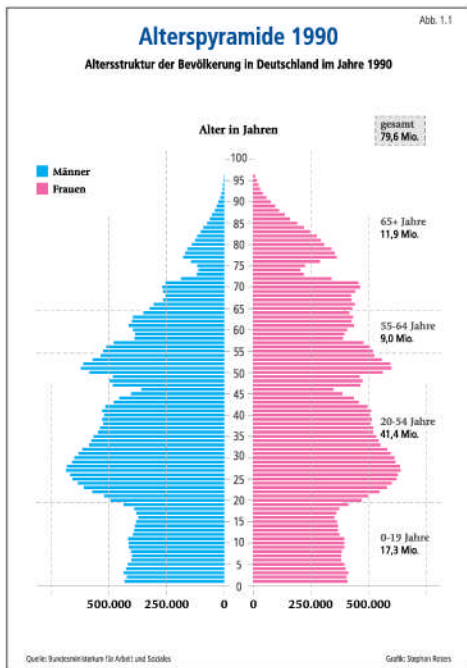
**Das Land wirbt um die Rückkehr weggezogener Fachkräfte. Gibt es Erfolge?** Schon jetzt bewirken unsere Aktionen ein gutes Echo. Uns erreichen immer mehr Anfragen. Eliches lässt sich statistisch allerdings leider nicht erfassen, wenn Leute zurückkehren. Weiterhin gilt: Viele fre werdende Stellen sind oft nur schwer aus dem Land zu besetzen. Deshalb sprechen wir vor allem Pendler an, aber auch diejenigen, die grundsätzlich rückkehrbereit sind. Die Quote der Rückkehrbereiten schätzen wir auf rund 60 Prozent.

**Die Gegensätze zwischen Stadt und Land werden immer größer. Wird die grundgesetzlich gebotene Herstellung „gleicher Lebensverhältnisse“ zur Illusion?** Es muss neu definiert werden, was gleiche Lebensverhältnisse sind. Die Heterogenität darf nicht zu groß werden. Zudem muss das Solidarprinzip aufrechterhalten bleiben, denn vieles in Deutschland ist bis heute die Nachwirkung der 1945 gezogenen Besatzungsgrenzen. Natürlich wird es bei

Stadt und Land immer Unterschiede geben. Es geht hier nicht nur um unterschiedliche Löhne, sondern auch um Lebensqualität, die außerhalb der Städte größer sein kann.

**Kann es sich der Staat noch leisten, Geld in strukturschwachen Gebieten zu investieren oder sollten manche entvölkerten Dörfer nicht besser aufgegeben werden?** Der Staat wäre überfordert, darüber zu entscheiden. Es wird immer, auch aufgrund von Eigentum, eine individuelle Entscheidung sein, auf dem Land zu leben. Dies muss der Staat respektieren. Umgekehrt muss der Landbewohner respektieren, dass der Staat nicht alles ausgleichen kann. Unser „Demografieministerium“, das Landesentwicklungsministerium, erarbeitet in dieser Legislaturperiode eine Definition, wie Mindeststandards in Sachsen-Anhalt aussehen können. Was hat an Schulen da zu sein, an medizinischer Versorgung oder Versorgung mit Lebensmitteln? All das ist aber nur bis zu einem bestimmten Maß finanzierbar. Manchmal werden die Bürger selbst entscheiden müssen, ob sie zusätzliche Kosten tragen wollen oder eben umziehen.

Das Interview führte Hans Krump.



# Demografische Zahlen und

## STATISTIK Die Entwicklung der Altersstruktur

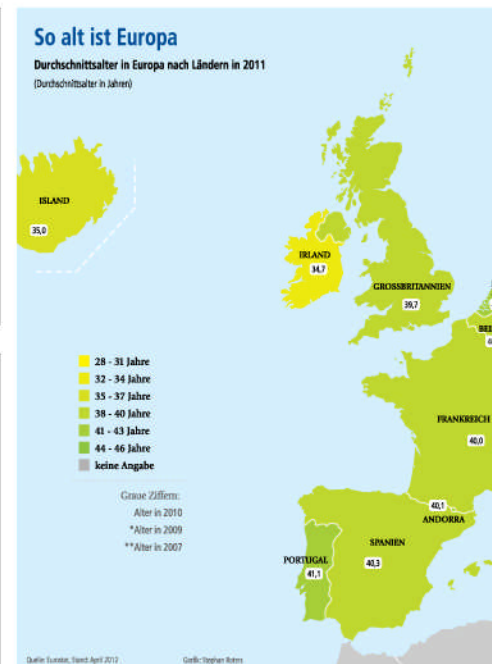
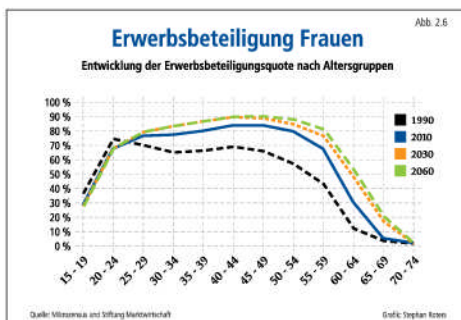
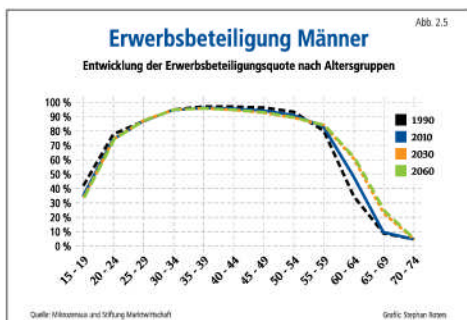
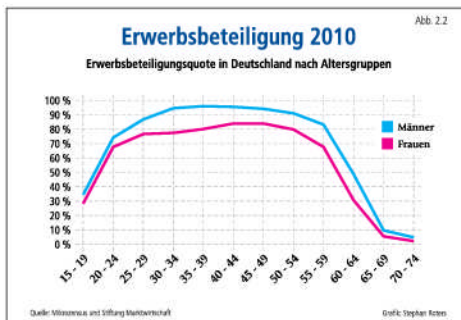
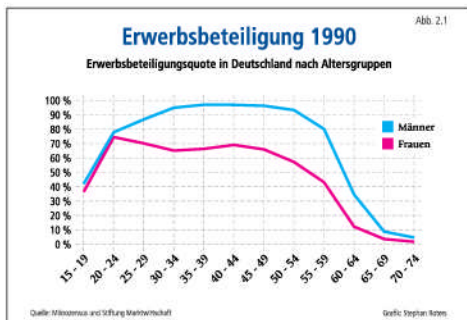
In Deutschland leben aktuell 81,8 Millionen Menschen. Diese Zahl hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden erst kürzlich herausgegeben. Zum ersten Mal seit neun Jahren ist damit 2011 die Einwohnerzahl der Bundesrepublik gesiegen – allerdings nur leicht um 92.000 Bürger mehr als im Jahr zuvor. Als Hauptursache für das geringe Plus nannte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden die deutlich gestiegene Zuwanderung. Aber auch eine Bereinigung der Statistik bei den Meldebehörden spielt eine Rolle.

**Zensus 2011** Die Zahlen, die das zuständige Bundesamt im Vormonat bekannt gegeben hat, sind allerdings noch nicht die Ergebnisse der Volkszählung im vergangenen Jahr, dem Zensus 2011. Die werden aktuell noch ausgewertet und erst 2013 veröffentlicht. Die Zahlen sollen dann noch genauer sein als die aktuellen, heißt es seitens der Pressestelle des Statistischen Bundesamtes. Der Zensus 2011 ist die erste gesamtdeutsche Volkszählung. Die letzte war vor in der DDR 1987 durchgeführt worden, in der DDR sogar bereits 1981. Die jetzt veröffentlichten Zahlen stammen vom 31. Dezember 2011 und beruhen auf einer sogenannten Bevölkerungsfortschreibung. Diese gründet wiederum auf den Ergebnissen der jeweils letzten Volkszählung und wird in den statistischen Ämtern der Länder aufgrund der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle, die von den Standesämtern mitgeteilt werden) und der Wanderungsstatistik (Zug- und Fortzüge) durchgeführt. Die aktuellen Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zeigen, dass die Geburten nicht zum Zuwachs in Deutschland beitragen; die Zahl der Neugeborenen ging binnen eines Jahres um etwa 15.000 auf 663.000 zurück.

**Parlament**

**Demografie**

Demografie ist die Wissenschaft, die die Bevölkerung eines Landes, die Anzahl der Menschen in einer bestimmten Altersgruppe und wie viele Menschen geboren werden und wie viele Menschen sterben, untersucht. In Deutschland werden zum Beispiel jährlich etwa 663.000 Babys geboren. Gleichzeitig sterben aber auch etwa 678.000 Menschen. Die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen ist die sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung. Eine solche Veränderung der Bevölkerung wird als demografischer Wandel bezeichnet.



# Demographischer Wandel: Prognosen

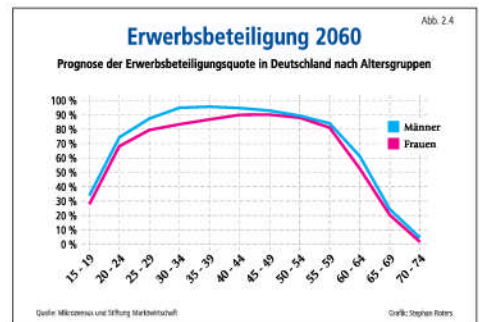
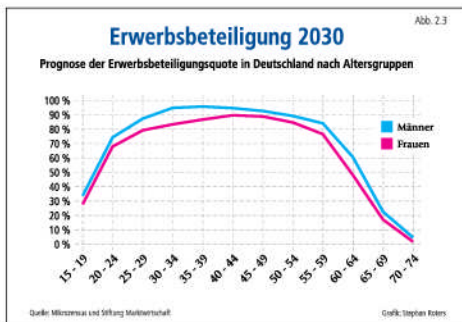
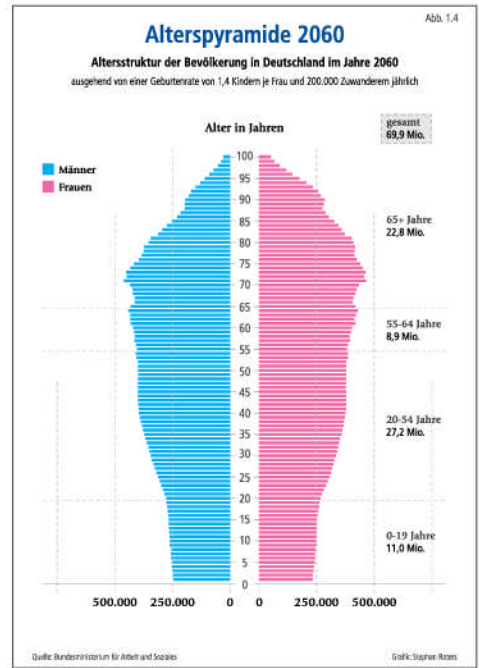
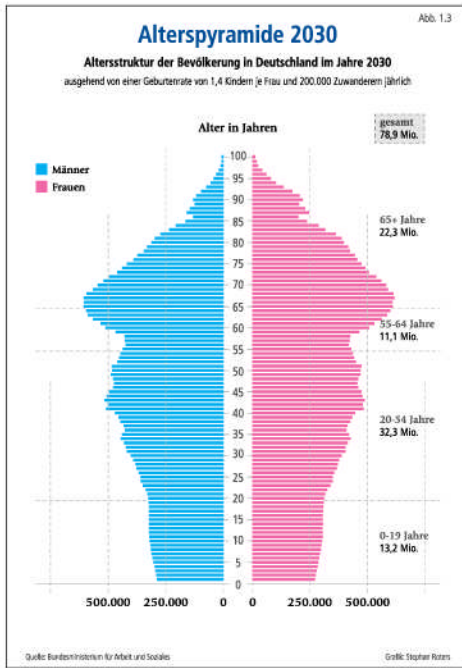
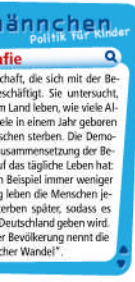
Der demographische Wandel in Deutschland fordert Konsequenzen

**Weniger Sterbefälle** Die Zahl der Sterbefälle nahm um 6.000 auf 852.000 ab. Somit verstarb im Jahr 2011 rund 190.000 Menschen mehr als geboren wurden. 2010 hatte das Geburtendefizit noch 181.000 betragen.

Im Jahr 2011 gab es 958.000 Zuzüge und 679.000 Fortzüge. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Zuzüge um 160.000 Personen, während die ausgewiesene Zahl der Fortzüge nur um 8.000 stieg. Daraus ergibt sich ein Wanderungsüberschuss von 279.000 Personen in Deutschland. Soweit der aktuelle Stand.

Die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland für die Jahre 2030 und 2060 (siehe rechts) zeigen, dass der Begriff „Bevölkerungspyramide“ nicht mehr zutreffend sein wird. Auch die entsprechende Grafik für das Jahr 2010 kann dieser Bezeichnung nicht mehr gerecht werden. Lediglich die grafische Darstellung der Altersstruktur für das Jahr 1990 lässt noch erkennen, woher die Bezeichnung rührt. Für die Zukunft muss wohl ein neuer Begriff gefunden werden. Doch die Suche nach diesem wird nicht das einzige Problem sein, das sich künftig aus der Bevölkerungsentwicklung ergibt.

**Konsequenzen** Die Grafiken zur Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen in Deutschland in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft belegen dies; die einzelnen Artikel dieser Ausgabe befassen sich mit den potenziellen und realen Auswirkungen des demografischen Wandels sowohl auf das Berufs- als auch auf das Arbeitsleben in der Bundesrepublik. Die Grafik unten in der Mitte zeigt schließlich, dass Deutschland den höchsten Altersdurchschnitt in Europa hat; aber auch die Nachbarstaaten haben bereits mit dem steigenden Durchschnittsalter zu kämpfen (siehe Seite 13). *Verena Renneberg*



# Gestalten oder verwalten

**DEMOGRAFIEBERICHT** Experten streiten über die Strategie der Regierung. Neue Maßnahmen bieten auch neue Chancen

Es gibt Themen in der Politik, die undankbarer als andere sind: Sie sind zu komplex, um innerhalb einer Legislatur abgeschlossen werden zu können; sie sind mit schlechten Prognosen verbunden, und es gibt für sie keine einfachen Lösungen. Die demografische Entwicklung ist ein solches Thema. In einer Zeit, in der innerhalb kürzester Zeit über Rettungsschirme und die Zukunft Europas entschieden werden muss, scheinen Szenarien, die das Leben in Deutschland im Jahr 2030 oder gar 2050 betreffen, in weiter Ferne zu liegen. Dennoch hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den demografischen Wandel zur Cheffinnsache gemacht: „Allerhöchste Aufmerksamkeit“ verdiene das Thema, seine „historische Dramatik wird oft unterschätzt“, erklärte sie. Denn Deutschland schrumpft und altert zugleich; nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Menschen in Deutschland 2011 im Vergleich zum Vorjahr zwar nur um 0,1 Prozent auf 81,8 Millionen. Eine Trendwende sehen die Experten darin aber noch nicht. Sie gehen davon aus, dass 2030 insgesamt 79 Millionen und im Jahr 2060 rund 70,1 Millionen in Deutschland leben werden. Dann wird jeder Dritte 65 Jahre und älter sein – heute sind mehr als 20 Prozent.

Das stellt die Politik vor große Herausforderungen. Wo ganze Städte und Regionen ausbluten, wird es schwer, die Infrastruktur der Daseinsvorsorge auf dem bisherigen Niveau aufrechtzuerhalten. Wenn es immer mehr Alte, aber nicht genug Nachwuchs gibt, fehlen irgendwann die Fachkräfte, um Kranke und Hilfsbedürftige zu pflegen. Und auch die bisherige Struktur der Sozialkassen wird irgendwann für das ältere Deutschland nicht mehr funktionieren: Bei der Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung 1891 erreichten viele Menschen nicht einmal deren Eintrittsalter von 70 Jahren; heute bleiben nach dem Ende der Erwerbstätigkeit im Schnitt noch 15 Jahre. Weil die jeweils gezahlten Renten aus den Beiträgen der Versicherten gezahlt werden, die im Erwerbsleben stehen, sind Reformen unumgänglich.

**Keine Katastrophe** Dennoch, so wird Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nicht müde zu betonen, sei der demografische Wandel „keine Katastrophe“, sondern „vielmehr eine gesellschaftliche Chance“. Diese Lesart durchzieht auch die Demografiestrategie der Bundesregierung, die das Kabinett im Frühjahr verabschiedet

hat: Es sei das Ziel, „jedem Einzelnen entsprechend seiner Lebenssituation und seines Alters Chancen zu eröffnen, seine Potenziale und Fähigkeiten zu entwickeln und seine Vorstellungen vom Leben zu verwirklichen“, heißt es darin. Um dies zu erreichen, hat die Regierung sechs Handlungsfelder festgelegt, auf die man sich künftig besonders konzentrieren will, um den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Land zu bewahren.

**Maßnahmenkatalog** So soll die Familie als Gemeinschaft gestärkt, die Gesundheitsförderung in den Betrieben verbessert und das selbstbestimmte Altern unterstützt werden. Zudem will man die Lebensqualität in den ländlichen Räumen bewahren, über Bildungsangebote die Grundlage für nachhaltiges Wachstum schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten. Derzeit arbeiten verschiedene Arbeitsgruppen zu diesen Themenfeldern. Auf dem ersten Demografie-Gipfel am 4. Oktober 2012 sollen ihre Erkenntnisse zusammengetragen werden. Klingt alles prima, finden viele Experten, reiche aber nicht aus.

»Es geht darum, bisher ungenutztes Potenzial von Arbeitskräften zu heben.«

Martin Gasche

Auch Martin Gasche, Rentenexperte des Munich Center for the Economics of Aging (MEA), ist enttäuscht: „Das ist letztlich nur eine Zusammenfassung dessen, was ohnehin schon gemacht wird, aber keine wirkliche Strategie, die eine rote Linie vorgibt.“ Man habe oft sinnvolle Einzelmaßnahmen aufgezählt und ihnen Absichtserklärungen und Aktionspläne an die Seite gestellt und das als Demografiestrategie bezeichnet. Dabei seien die Eckpfeiler einer Politik, mit der man den Problemen des demografischen Wandels begegnen könne, seit Jahren bekannt: „Es geht darum, bisher ungenutztes Arbeitskräftepotenzial zu heben – vor allem das der Frauen, Älteren und Jungen.“ Gleichzeitig müsse die Produktivität derer, die erwerbstätig seien, über mehr Anstrengungen in Bildung und Forschung vergrößert werden. Dies müsse durch geeignete Maßnahmen flankiert werden, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Sozialversicherungen sichern.

Tilman Mayer, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, hält es dagegen für wichtig, einen anderen Punkt in das Zentrum der Diskussion zu rücken: „Wir haben seit vier Jahrzehnten ein Geburtendefizit – wir müssen darüber diskutieren, was wir tun können, um das zu ändern.“ Doch die Entscheidung, wie man mit dem demografischen Wandel künftig umgehen wird, scheint so grundlegend bislang nicht getroffen. Grundsätzlich, so Fachmann Mayer, ge-



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) stellte Ende April 2012 die Demografiestrategie der Regierung vor.

be es zwei Optionen: Gestalten oder Verwalten. Treffe man die erste Wahl, gehe man davon aus, dass die Politik, in welchem Umfang auch immer, Einfluss auf die Entwicklung nehme und die Schrumpfung wenigstens abbremsen könne.

**Neue Ziele verwirklichen** Dafür müssten Ziele definiert werden, die in diesem Wandlungsprozess erreicht werden sollen; etwa die Reduktion des Geburtendefizits, eine stabile Zahl an Zuwanderern oder eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit. Wer hingegen verwalten wolle, beschränke sich darauf, Anpassungsprozesse in Regionen mit sinkender Bevölkerung auf den Weg zu bringen. Elemente beider Varianten finden sich in der Demografiestrategie der Bundes-

regierung. Sie listet im Wesentlichen die Maßnahmen auf, die längst beschlossen sind: Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige, das Familienpflegezeitgesetz, die geplante Weiterentwicklung der Elternzeit. Die Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern, die Anwerbung von qualifizierten Fachkräften, verbesserte Pflegeangebote für Ältere, Ausbau der Breitbandanschlüsse sind weitere Maßnahmen. Das mag auf den ersten Blick sehr zaghaft wirken. Experten nehmen die Bundesregierung aber in Schutz: Die Demografiestrategie stelle ein neues Politikfeld dar, so Tilman Mayer – es sei ein „Verdienst“, den „demografischen Ist-Zustand überhaupt erfasst und eine verantwortungsvolle Sammlung einschlägiger Daten“ aufbereitet zu haben.

Auch Norbert Schneider, seit 2009 Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, stellt fest, mit ihrer Strategie habe die Regierung zunächst einmal „den Rahmen gespannt, in dem sie künftig aktiv werden will“; erste Schritte zu einer Konkretisierung seien im Herbst zum Demografie-Gipfel zu erwarten.

**Neue Kommunikationskonzepte** Bis dahin muss die Regierung aber noch weiter an ihrer Kommunikationsstrategie pfeifen. Bislang, so heißt es in der Demografiestrategie, würden die Auswirkungen des demografischen Wandels in der Bevölkerung häufig „mit Sorge“ betrachtet. Dort, wo Innenminister Friedrich von Chance spricht, sehen die Wähler vor allem die Gefahr von Bei-

tragssteigerungen in den Sozialversicherungen. Sie haben Angst, künftig viel länger arbeiten zu müssen, als sie eigentlich wollen und können.

Auch Tilman Mayer ist davon überzeugt, dass „Marketing durchaus ein Teil der Sache ist“. Der demografische Wandel sei keine Drohkulisse, sondern könne auch positiv gedeutet werden. So sei die Beschäftigung vor allem für Akademiker Teil ihrer Identität; das Gefühl, gebraucht zu werden, mache viele von ihnen glücklich, so Mayer. Wer diese Sicht verankern kann, könnte endlich zu dem kommen, was der Demografiestrategie bislang noch fehlt: gute Nachrichten.

Susanne Kallitz

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

## Mehr tun für ländliche Räume, Kommunen, Familien

**POSITIONEN DER FRAKTIONEN** Die Ziele bei der Bewältigung des demografischen Wandels ähneln sich. Die Opposition wirft der Koalition jedoch vor, kontraproduktiv zu handeln

Über die grundsätzlichen Herausforderungen des demografischen Wandels herrscht zwischen den Fraktionen Einigkeit. Dennoch setzen die politischen Parteien unterschiedliche Schwerpunkte.

**CDU/CSU: Sozialsysteme sichern** Die Union sorgt sich vor allem um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme. Eine Facharbeitsgruppe um den Fraktionsvize Günter Krings hatte dazu im Frühjahr ein Konzept ausgearbeitet, nach dem künftig jeder Arbeitnehmer ab 25 Jahren eine einkommensabhängige Abgabe in eine Rücklage entrichten soll. Eine solche „Zukunftsvorsorge“ sei angesichts des Bevölkerungsaufbaus in Deutschland „ein Gebot der politischen Moral“, sagte Krings. Die Regierung wies den Vorschlag zurück, auch vom Koalitionspartner gab es dafür viel Kritik. Zustimmung gibt es dagegen für den Vorschlag, den ländlichen Raum zu stärken. Die Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ plädiert dafür, dem zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entgegen zu wirken: Wichtig dafür sei der Ausbau des schnellen Internets, eine gute Anbindung an die großen Verkehrsachsen und eine verbesserte Vergütungsstruktur für Landärzte. Durchaus umstritten sind in der Fraktion wiederum die familienpolitischen Leistungen: Weil die Zahl der Geburten immer weiter zurückgeht, hat Fraktionschef Volker Kauder gerade gefordert, die Wirkung des Elterngeldes, für das jährlich 5 Milliarden Euro ausgegeben werden, zu überprüfen. Familienministerin Kristina Schröder will davon nichts hören: Das Elterngeld sei, erklärte sie, „keine Gebärprämie“.

**FDP: Breiter Dialog erforderlich** Auch die FDP konzentriert sich darauf, die Sozialversicherungssysteme „demografiestark“ zu machen, so der Innenexperte der FDP-Frakti-



Mit dem demografischen Wandel kommen viele neue Aufgaben auf die Kommunen zu. Wegen des Rückganges der Bevölkerung sollen etwa in der Hansestadt Anklam Plattenbauten in der Innenstadt abgerissen werden.

on, Manuel Höferlin. Dies könne etwa durch eine kapitalgedeckte Säule der Pflegeversicherung geschehen, wie Gesundheitsminister Daniel Bahr sie mit der Pflegezusatzversicherung durchgesetzt habe. Die Verbesserung der Zuwanderungsmöglichkeiten für qualifizierte Arbeitnehmer habe man mit der Blue Card bereits auf den Weg gebracht. Für wichtig hält Höferlin auch einen breiten Dialog: Alle Maßnahmen seien „weniger zielführend, wenn Politik und Ge-

sellschaft nicht an einem Strang ziehen“. Die Gesellschaft müsse sich darauf festlegen, „welche Felder sie vordringlich behandeln sehen möchte“. Die Belastungen der derzeitigen Generationen halte er für „sehr hoch“, so Höferlin. Durch die Demografiestrategie zeige die Koalition auf, „wo der Staat den Bürgerinnen und Bürgern Hilfestellungen bieten muss, besser durch den Alltag zu kommen“. Dabei müsse man auch überlegen, wie die Familienförderung effek-

tiver gestaltet werden könne, betonte die liberale Familienpolitikerin Miriam Gruß. Es dürfe keine „ideologischen Scheuklappen“ geben.

**SPD: Kein Handlungskonzept** Kritik gibt es für die Demografiestrategie der Bundesregierung von der Opposition. Sie sei eine „fleißige Bestandsaufnahme, aber bei weitem kein tragfähiges Handlungskonzept“, sagt Sabine Bätzing-Lichtenthaler, Sprech-

erin der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe Demografischer Wandel. Man habe in allen Ministerien nach Einzelprojekten gesucht, die man nun zusammengetragen habe. Grundsätzlich seien die primären Ziele der Koalition – eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein selbstbestimmtes Altern – zwar nachvollziehbar, dazu passe jedoch das aktuelle Regierungshandeln nicht. Sie könne nicht erkennen, wie die Einführung eines Betreuungsgelds mit dem Ziel zusammenpasse, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Und wie man einerseits den altersgerechten Umbau stärken will, gleichzeitig aber die entsprechenden Programme kürzt, ist mir nicht klar“, gab sie zu bedenken. Zudem werde in der Strategie weder über das Thema faire Löhne noch über die finanzielle Ausstattung der Kommunen gesprochen, sagte Bätzing-Lichtenthaler. Um die Probleme angehen zu können, müssten Bund, Länder und Kommunen dringend an einen Tisch. Dabei gehe es nicht nur um einen Austausch unter Spitzenverbänden; vielmehr müsse auch der „real existierende Oberbürgermeister“ Gehör finden. Ihre Fraktion halte es außerdem für nötig, dass das gesamte Thema stärker als bisher koordiniert werde. Denkbar sei etwa ein eigener Staatssekretär.

**Die Linke: Neue Ansätze fehlen** Die Linke hält es für gut, dass die Bundesregierung eine Demografiestrategie aufgelegt hat. Dabei werde aber das Thema Jugend zu Unrecht vollkommen ausgeklammert, sagte die Bildungsexpertin Petra Sitte. „Demografie als Bevölkerungswissenschaft muss sich nicht mehr beschäftigen als nur dem Alter.“ So sei die Kinder- und Jugendarmut ein dringendes Problem, vor allem in ostdeutschen Ballungsgebieten. Wer aber über die „gesamte Lebensspanne“ denke, müsse dort ansetzen. Zudem sei das Herangehen der Regierung an die demografische Herausforderung deutlich zu „technikzentriert“. „Wir

brauchen aber Menschen, die sich liebevoll um Alte und Hilfsbedürftige kümmern.“ Der Bereich der sozialen Innovation komme bislang zu kurz. Dass die neuen Bundesländer der Regierung als Vorbild für die Bewältigung des demografischen Wandels gelten, wird von der Linken begrüßt. Viele Dinge, die in Ostdeutschland „schon gelaufen sind“, würden Regionen in den alten Bundesländern noch bevorzugen; dabei könne man von den Erfahrungen lernen.

**Bündnis 90/Grüne: Kirchturmdenken** Auch die Grünen halten eine breite gesellschaftliche Debatte über die demografische Entwicklung für dringend erforderlich. Es sei längst zu spät, die Schrumpfung der Bevölkerung verhindern zu wollen, sagte die Sprecherin der Fraktion für Demografiestrategie, Tabea Rößner. Die Regierung sei mit ihrer Demografiestrategie „zu zurückhaltend und nicht innovativ“. „Da gibt es keine Vision von der Zukunft; es geht nur darum, den bisherigen Standard irgendwie zu erhalten.“ Vieles von dem, was die Regierung praktisch tue, widerspreche den angekündigten Bestrebungen zudem fundamental: „Mehr Frauen in die Berufstätigkeit integrieren zu wollen und gleichzeitig ein Betreuungsgeld einzuführen, kann nicht im Sinn des Erfinders sein“, sagte Rößner. Auch im Bereich der Kommunen erkenne die Regierung zwar, dass es Handlungsbedarf gebe – tue aber nichts. Kritik übt Rößner auch an den Verantwortlichen vor Ort: Noch zu oft herrsche in den Kommunen ein „Kirchturmdenken“, das nicht hilfreich sei. Es brauche deshalb dringend eine gute Moderation, wenn es darum gehe, wie sich Gemeinden besser vernetzen könnten. Ihre Fraktion sei gerade dabei, einen Antrag zur ländlichen Entwicklung abzustimmen. Außerdem habe man Initiativen zur Behebung des Fachkräftemangels, zur einfacheren Zuwanderung und zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vorgelegt. suk



Auch hoch über dem Erdboden ist in Deutschland viel Platz für Fachkräfte aus dem Ausland.

# Kampf um die klugen Köpfe

**ARBEITSMARKT** Jahrelang stritten die Parteien über die Zuwanderungspolitik. Jetzt sorgt Fachkräftemangel für Handlungsdruck

Gleich nach der Sommerpause geht es in die zweite Runde, dann startet er wieder: der Anwerbetrip durch halb Europa. Ein Dutzend Jobberater der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) sucht im Tross mit hiesigen Arbeitgebern vor Ort nach den besten Fachkräften. Vier Teams schwärmen aus, aufgeteilt nach den Branchen Technik, Gesundheit, Landwirtschaft sowie Hotel- und Gaststätten. Die Gesundheitsleute etwa wollen im September Ärzte in Norditalien rekrutieren, danach Pflegekräfte in Rumänien. Im Oktober hofft das Team, portugiesisches Klinikpersonal für Jobs in Deutschland zu gewinnen.

**Wandel einer Behörde** „Wir stellen uns mit dem Angebot auf die veränderte Arbeitsmarktsituation hierzulande ein“, sagt ZAV-Direktorin Monika Varnhagen. Was unspektakulär klingt, ist in Wahrheit eine Revolution für die Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit (BA). 50 Jahre verstand sich die ZAV als ausschließlicher Spezialist, um deutschen Topleuten bei der Auslandskarriere zu helfen. „Outgoing“ nennen sie das. Nun dreht der Wind. Zuwandern wird Geschäftsziel. Die neue Abteilung „Incoming“ ist binnen eines Jahres auf gut 50 Mitarbeiter gewachsen – Tendenz steigend. Auf fast 60 Rekrutierungsreisen wird man bis Ende 2012 kommen.

Der Wandel einer kleinen Behörde steht für den Paradigmenwechsel, der sich auch im Großen abspielt: Deutschland wagt Neues beim Zuzug. Jahrelang wurde gestritten, ob Deutschland überhaupt ein Einwande-

rungsland ist. Doch inzwischen haben Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände den Schulterschluss gefunden, pragmatisch Tempo aufzunehmen. Auch weil der Handlungsdruck steigt. Dass es immer weniger Deutsche gibt – bisher mehr theoretisch wahrgenommen –, wird als Fachkräftemangel erstmals eine reale Bedrohung.

„Das ‚Wir-öffnen-die-Schleusen‘-Argument der Zuwanderungsgegner ist weitgehend aus der Debatte verschwunden“, sagt der Essener Arbeitsmarktforscher Timo Baas. „Inzwischen merken alle, dass Deutschland die Besten von außen braucht, um den Industriestandort zu erhalten und Wohlstand zu sichern.“ Erst kürzlich liefen weitreichende Reformen des Zuwanderungsrechts recht geräuschlos durch Bundestag und Bundesrat. Deutschlands Offensivspiel bekam sogar ein eigenes Online-Portal: Ausländische Fachkräfte werden auf der Seite [make-it-in-germany.com](http://make-it-in-germany.com) mit dem Versprechen gelockt, „in fünf Schritten zum Arbeiten in Deutschland“ zu kommen. „Wir brauchen neben der gesetzlichen Grundlage auch eine gute Willkommenskultur.“

Philippp Rösler (FDP) Die Politik nennt keine Zielzahlen. Forscher Baas hält indes jährlich gut 200.000 Arbeitsmarkt-Zuwanderer für eine gute und realistische Größenordnung. Die Zahl liegt so hoch, dass sie ein drastisches Schrumpfen

der Zahl hiesiger Erwerbspersonen abfedert und Fachkräfteprobleme in einigen Branchen entschärft. Andererseits liegt sie niedrig genug, um eine problemlose Integration zu schaffen.

Aber steuert das Land nicht schon auf deutlich höhere Zuwanderungszahlen zu, wo doch 2011 mit 279.000 Personen die höchste Zuwanderung seit 15 Jahren gemessen wurde? Nein, es handelt sich eher um einen Ausreißer als um eine dauerhafte Entwicklung. Denn der größte Teil des Zuzugs entfällt mit fast 140.000 Personen auf EU-Ausländer, die formal gesehen gar nicht „zuwandern“, weil sie durch volle Freizügigkeit überall in Europa leben und arbeiten können. Für Fachkräfte aus den Krisenstaaten Spanien, Griechenland und Portugal ist Deutschland zur Zeit ein attraktives Ziel, weil es hier gut bezahlte Jobs gibt. Baas warnt, auf einen lang anhaltenden Trend zu setzen: „Wenn die Konjunktur dort wieder anzieht, springen die Zahlen schnell auf Normalwerte zurück.“

Fest steht: Will sich Deutschland als Einwanderungsland im Wettbewerb mit anderen Industrienationen etablieren, kommt es auf die Attraktivität bei den Menschen außerhalb Europas an. Das Ausrollen roter Teppiche für Fachkräfte war hierzulande lange kein Thema, im Gegenteil. Der „Anwerbestopp“ 1973 prägte jahrzehntelang die Einwanderungspolitik: Der Arbeitsmarkt blieb im Prinzip dicht – bis auf ein

paar Sonderregeln wie den Familiennachzug und die „Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung“, die ein paar tausend Spezial- und Spitzenkräfte jährlich ins Land ließ.

Erst die „Green Card“ für IT-Kräfte leitete im Jahr 2000 unter Rot-Grün die Trendwende ein. Im selben Jahr begann die unabhängige Kommission „Zuwanderung“ unter der CDU-Politikerin Rita Süsmuth Vorschläge für eine gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften auszuarbeiten. Weil das Thema noch stark ideologisch besetzt war und Wahlkämpfe störten, kam das neue Zuwanderungsgesetz erst 2005. Das von der Kommission empfohlene Punktesystem, wonach Alter, Ausbildung und Sprachkenntnisse zählen sollten und eine gewisse Punktzahl automatisch zur Einreise berechtigt hätte, fand allerdings keine Mehrheit mehr. Trotzdem war das neue Recht ein Schritt nach vorn: Hochqualifizierte und Top-Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten erhielten nun einen Aufenthaltsstatus, wenn sie einen gut bezahlten Job oder neu geschaffene Arbeitsplätze nachweisen konnten. Und ausländische Studierende bekamen nach dem Studium in Deutschland ein Jahr Zeit zur Jobsuche. Für die übrigen Fachkräfte blieb es bei strengen Ausnahmeregelungen.

Im Jahr 2010 wanderten gerade einmal 220 Hochqualifizierte und 1.040 Selbstständige nach Deutschland. Am meisten zog noch die Hochschulregel mit 5.700 Fällen. Über die weiteren Regeln für IT-Kräfte und sons-

tige Spezialisten kamen noch einmal weitere rund 8.000 Menschen. Von den diskutierten 200.000 Zuwanderern ist das meilenweit entfernt. „Wir müssen ehrlich anerkennen, dass wir nicht gut genug im Wettbewerb um die klugen Köpfe auf dem globalen Arbeitsmarkt waren“, sagt der FDP-Arbeitsmarktspezialist Johannes Vogel. Nun ist nachgelegt: Seit August gibt es die „Blue Card EU“ als neuen Aufenthaltstitel für Ausländer mit Hochschulabschluss. Noch einmal sind die Hürden gesenkt, Kriterien vereinfacht und bürokratischer Einfluss gestutzt. Vogel glaubt, dass mit dem neuen Arbeitssuchvisum von sechs Monaten sogar ein Paradigmenwechsel eingeleitet ist: „Erstmal können wir Akademikern auch ohne Arbeitsvertrag ein Angebot machen: Komm nach Deutschland, schau in Ruhe nach einem Job – und dann regeln wir alles weitere“, sagt er. Damit sei man „endlich in der Gedankenwelt eines Punktesystems angekommen.“

Mit dem neuen Gesetz ist die Debatte um ein Punktesystem wieder da. Nicht, dass ein komplett renoviertes Einwanderungsmodell bis zum Ende der Legislatur wahrscheinlich wäre. Aber FDP, SPD und Grüne als Fürsprecher des Punktesystems sehen darin den nächsten Reformbaustein für die Zeit danach. „Potenzielle Zuwanderer kennen ein solches Modell aus anderen Ländern“, sagt die SPD-Parlamentarierin Daniela Kolbe: „Sie bekämen damit das klare

Signal, dass wir Zuwanderung wollen.“ Die Skeptiker sitzen in der Union. „Ein Punktesystem wäre ein bürokratisches Monster, stur und unflexibel“, glaubt der CSU-Innenexperte Stephan Mayer. „Es müssten irgendwelche abstrakten, womöglich gar nicht benötigten Qualifikationen ohne einen konkreten Arbeitsplatznachweis bewertet werden.“ Aus Österreich hört man bisher nichts dergleichen. Hier läuft seit Mitte 2011 das Punktesystem im Praxistest. Eine „Rot-Weiß-Rot-Karte“ ermöglicht Hochqualifizierten und Fachkräften in festgelegten Mangelberufen eine Arbeit im Land anzutreten, wenn sie genügend Punkte in einem Kriterienkatalog erreichen. Es zählen Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse und Alter. Im ersten Jahr stellte Österreich mehr als 1.500 Karten aus.

**Mühsames Geschäft** Die deutsche ZAV muss derweil zu potentiellen Bewerbern reisen und Abschlüsse machen. Für die zweite Jahreshälfte gibt es klare Zielvorgaben von der BA, die aber nicht verraten werden. Deutlich mehr als die gut 300 Vermittlungen aus den ersten sechs Monaten sollen es schon sein. Das Geschäft ist durchaus mühsam, wie ZAV-Leute berichten. Fehlende Sprachkenntnisse sind häufiger ein k.o.-Kriterium oder mangelnde Qualifikationen. Und manchmal winken auch Bewerber ab: „Etlche denken, es ginge in die großen deutsche Städte – mit dem in Aussicht gestellten Job in der Provinz können sie sich weniger anfreunden.“ Dirk Horstkötter

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

## Mit Smartphones und Zettelwirtschaft

**AUSBILDUNG** Bundesweit bleibt im Schnitt jeder siebte angebotene Ausbildungsplatz frei. Folge: Der deutsche Lehrstellenmarkt wird europäischer

Als Ákos Gyana und Tamás Gálgyi in die Firma kamen, entpuppten sich moderne Smartphones als unentbehrliche Helfer. Genauso wie klebende Notizzettel. Weil die jungen Ungarn in den ersten Wochen als Industriemechaniker-Azubis beim Thüringer Automobilzulieferer MöllerTech trotz Sprachcamp-Vorbereitung ihre Mühe mit dem Deutschen hatten, waren Übersetzungs-Apps Gold wert. Es gab hunderte Dinge, die in der Startphase deutsch-ungarisch zu klären waren. In der Werkstatt kam Azubis und Ausbilder eine klassische Idee zur besseren Verständigung: Auf jedes Werkzeug klebten sie den deutschen Namen.

Zettel und App: Der Kommunikationsbedarf steigt, seit der deutsche Lehrstellenmarkt europäischer wird. Zuwanderung wegen Ausbildung ist plötzlich ein Thema. Unbesetzte Ausbildungsplätze hierzulande und wenig Perspektive für Jugendliche anderswo in der EU sorgen für neue Mobilität. Beim Zuzug aus Nicht-EU-Staaten sind Deutschlands Grenzen faktisch dicht – jeder Visumantrag für potentielle Auszubildende läuft durch die Bürokratie, mit eher unsicheren Aussichten auf Genehmigung. Aber junge Ungarn, Spanier, Esten und Portugiesen genießen die Freizügigkeit in der

EU. Da braucht es auch bei Auszubildenden keine Erlaubnis von Ausländerbehörden oder Arbeitsagenturen. Zahlen über die Größe der Lehrstellenwanderung gibt es nicht, dafür fehlt eine Statistik. Aber bei Markus Kiss, Referatsleiter für Ausbildungspolitik beim Kammervorstand DIHK, landen immer mehr Hinweise zu länderübergreifenden Initiativen, Projekten und Soloanwerbungen einzelner Firmen. Er sagt: „Aus der Not heraus suchen immer mehr deutsche Unternehmen in Europa nach Nachwuchs.“ Der Kandidatenmangel ist längst da: Bundesweit bleibt im Schnitt schon jeder siebte angebotene Ausbildungsplatz frei. In den nächsten Jahren dürfte die Schere zwischen Stellen und deutschen Bewerbern aus demografischen Gründen noch weiter auseinander gehen.

**Große Nachfrage** In der Erfurter Industrie- und Handelskammer leitet Thomas Fahlbusch die Ausbildungsabteilung, aber eigentlich fühlt er sich als Wirtschaftsförderer: „Wenn unsere Unternehmen in der Region für jede dritte Ausbildungsstelle keine jungen Kräfte mehr finden, müssen wir was tun.“ Die Ungarn-Connection, von der auch der Zulieferer MöllerTech profitierte,

ist sein Ding. Er hat zig Schulleiter in Tschechien, Polen und Ungarn angeschrieben und nach Thüringen eingeladen. Mit Ungarn entstand der verlässlichste Kontakt. Elf Azubis vermittelte er im Herbst 2011 an hiesige Betriebe: neben den zwei Industriemechanikern einen Konstruktionsmechaniker, drei Köche und fünf Hotelfachleute. Mit seinen Leuten bereitet Fahlbusch gerade die zweite Recruiting-Runde vor. 38 ungarische Azubis will er diesmal unterbringen, die Nachfrage bei den Unternehmen ist groß. Er weiß jetzt besser um die Klippen beim Zuzug junger Ausländer. Die Sprache ist das A und O, gerade weil die Berufsschule Pflicht ist. Und weitere wichtige Dinge wollen gelöst sein: das Wohnen, die Heimfahrten. Für noch entscheidender hält Fahlbusch: „Gerade bei den jungen Leuten müssen wir eine besondere Willkommenskultur pflegen.“ Seine erste Gruppe trifft er immer noch einmal monatlich zum Stammtisch – auf dem Programm stehen Bowlen oder Deutsch-Ungarische Kochwettbewerbe.

Dirk Lürßen, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative Ems-Achse in Papenburg, kennt den Faktor Heimweh. Er hat für seine Unternehmen in diesem Frühjahr orga-

nisiert, dass 15 arbeitslose junge Spanier ins Emsland kommen: ein Besuch mit Deutschland und zweimonatigem Praktikum beim potenziellen Ausbildungsbetrieb. Das Fernsehen kam auch und drehte freundliche Berichte mit Titeln wie „Hola Emsland“.

Die Bilanz war am Ende nicht ganz so euphorisch: Sechs Spanier fangen eine Ausbildung an, vier können direkt als Fachkraft starten, weil ihre heimischen Abschlüsse angerechnet werden – aber fünf wollten wieder zurück. „Wir wissen nun, dass der

Austausch im Prinzip funktioniert“, sagt Lürßen. „Aber wir wissen auch, wie wichtig es ist, mit der deutschen Sprache warm zu werden, um sich insgesamt wohl zu fühlen.“ 30 junge Spanier will er 2013 vermitteln. Was er besser machen will? „Wir werden schon vor Ort in Spanien ganz früh deutschen Input geben.“ Soll heißen: Keine Märchenschlösser bauen und stärker noch auf Können und Lust beim Spracherwerb achten.

**Gehalt aufgestockt** Bei MöllerTech in Thüringen ist Personalleiterin Karin Gramsch zufrieden, wie alles gekommen ist. Es passt einfach mit den jungen Ungarn. Die Firma hat die Unterkunft in einem Internat organisiert, das Lehrlingsgehalt aufgestockt und Heimfahrten mit einem Leihwagen spendiert. Gramsch muss schmunzeln, wenn sie an die Zettelwirtschaft der ersten Wochen denkt. Das ist lange her. Ákos und Tamás kommen bald ins zweite Lehrjahr. Gramsch sagt: „Die beiden segeln gut durch die Ausbildung – und sie werden einen super Abschluss machen.“ Für das Unternehmen wäre es erst dann eine Win-Situation, wenn sie auch danach blieben. Beide wollen das. In der Firma hören sie das gern. Auch wenn alle wissen, dass nichts sicher ist. Dirk Horstkötter



Internationalisierung der Ausbildung: Junger Spanier in deutschem Unternehmen







# Politik braucht Prognosen

**STATISTIK I** Eine exakte Vorhersage der Zahlen und Fakten zu Bevölkerungsentwicklung, Lebenserwartung und Versicherungsbeiträgen in 30 Jahren ist heute unmöglich. Und trotzdem gibt es Berechnungen bis auf zwei Kommastellen

Experten-Prognosen zur Demografie sind zuverlässiger als die einer Wahrsagerin, die in die Glaskugel schaut. Hier indes schaut eine demenzzranke Seniorin nicht ins Kristall, sondern trainiert mit einem Trainingsball.

Die Therapie ist zwar strittig, doch wenigstens in der Diagnose des Problems sind sich alle einig. In Deutschland steigt die Lebenserwartung – und damit auch der Anteil derer, die im Alter auf Hilfe angewiesen sind. Auf immer weniger Berufstätige kommen immer mehr Pflegebedürftige. Und mit der zunehmenden Zahl von Hochbetagten steigt auch das Risiko von Demenzerkrankungen, die besonders intensive Betreuung erfordern. Bis 2050, teilt der Verband der privaten Krankenversicherer mit, werde sich die Zahl der Pflegebedürftigen glatt verdoppeln. Die Anzahl der Bürger im erwerbsfähigen Alter dagegen werde um 30 Prozent sinken. Schlimme Aussichten für die älter werdende Bevölkerung, der die Versicherer aber praktisch-schwerer gleich ein probates Gegenmittel anbieten können: die private Vorsorgeversicherung.

**Gezielte Angstmacherei** Will da jemand an selbst geschürten Ängsten verdienen? Bei Prognosen der Versicherungswirtschaft und den vielen von ihr mitbezählten Wissenschaftlern ist seit jeher Vorsicht angebracht. Und auch wenn die Tendenz der Entwicklung unbestreitbar ist: Auf 40 Jahre, darin sind sich alle ernst zu nehmende Experten einig, lassen sich keine seriösen Vorhersagen treffen. „Wer vorgibt, über einen derart langen Zeitraum exakte Zahlen zu wissen, lügt“, sagt der Ko-

blenzer Statistik-Professor Gerd Bosbach. Es handele sich immer nur um Modellrechnungen, die der Öffentlichkeit aber allzu oft „als Fakten verkauft“ würden.

**Öffentlicher Diskurs** Mitunter bebarf es nicht einmal größerer Anstrengung: Auch Prognosen, die von ihren Urhebern mit der nötigen Wenn-Dann-Relativierung versehen sind, setzen sich im öffentlichen Diskurs fest – und werden als fundierte Vorhersagen übernommen. Die Bundestagsfraktion der SPD beispielsweise begründet ihr Pflegekonzept auf genau den Zahlen, mit denen gegenwärtig die Versicherungswirtschaft hantiert. Zukunft, auf zwei Kommastellen genau: 3,27 Millionen Pflegebedürftige im Jahr 2030. Und 4,36 Millionen im Jahr 2050.

Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen geht sogar noch weiter. Er glaubt, hochrechnen zu können, wie hoch die Pflegeversicherungsbeiträge im Jahr 2060 sein müssen. Ohne Reformen läge man dann bei fünf Prozent, behauptete Raffelhüschen im vergangenen Jahr. Und unter Berücksichtigung der steigenden Kosten und der wachsenden Zahl von Pflegeheim-Bewohnern seien acht Prozent realistisch. Selbst für den Fall, dass Rot-Grün bis dahin

die Bürgerversicherung einführt, gibt Raffelhüschen vor, den Beitragssatz auf die Kommastelle genau zu kennen. Er läge dann bei 4,7 Prozent. Die entsprechende Studie erstellte Raffelhüschen für das Deutsche Institut für Altersvorsorge – das von der Deutschen Bank finanziert wird.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist weniger angreifbar – er wagt sich nur bis 2030 vor. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung müsse sich bis dahin verdreifachen, lautet seine Prognose. Das Problem ist, dass die Politik Zahlen und Prognosen braucht – je detaillierter desto besser. Schließlich will und darf sie nicht nur reagieren, sie muss auch gestalten. Eine Rentenversicherung, die irgendwann erschrocken feststellt, dass ihr die Beitragszahler ausgegangen sind und die Rentner überhand genommen haben, ist nichts wert. Und für die steigende Zahl von Alten und Pflegebedürftigen braucht es nicht nur genügend Betreuer, sondern auch eine ganz andere Infrastruktur. Die demografische Veränderung ist die vielleicht größte soziale Herausforderung des Landes. Da muss man wissen, was auf einen zukommt.

Als allemal verlässlich und unverdächtig bei der Vorhersage der Bevölkerungsentwicklung

gilt das Statistische Bundesamt. Doch auch dessen Prognosen sind als das zu lesen, was sie sind: Hochrechnungen mit Modellcharakter. Ihnen allen liegen „bestimmte Annahmen zu Lebenserwartung, Geburtenzahl und Wanderungssalden zugrunde“, erinnert Statistiker Bostbach, der selbst dort gearbeitet hat. In seiner 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung präsentiert das Bundesamt nicht weniger als zwölf Modellrechnungen.

Die Bevölkerungszahl des Jahres 2060 schwankt darin zwischen 61,8 und 76,9 Millionen Menschen. Eine Differenz von 15 Millionen! Man sei eben nur in der Lage, bestimmte Trends auf die Zukunft fortzuschreiben, sagt Bostbach. Strukturbrüche, die es in der Vergangenheit immer wieder gegeben hat und die teilweise auch politisch auslösbar sind, bleiben ausgeklammert.

Um sich das zu vergegenwärtigen, braucht man nur 60 Jahre zurückgehen. Damals konnte kein noch so gewiefter Statistiker die Auswirkungen vom Pillenknick, dem Gastarbeiterzug, der weiblichen Berufstätigkeit oder den Single-Lebensformen erahnen. Hinzu kamen Wiedervereinigung, Wanderungsbewegungen und Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Das alles war nicht annähernd vorhersehbar. Wenn die „Dramatisierer von heu-

te“, wie der Statistiker Bostbach die Propheten unserer Tage nennt, im Voraus von Wende und Wanderung gewusst hätten, hätten sie seiner Ansicht auch wohl den totalen Zusammenbruch der Sozialsysteme prophezeit.

Klar ist: Die Lebenserwartung wird nicht mehr in dem Maße steigen wie bisher. Exakt zugrundelegen lässt sie sich aber nur anhand derer, die bereits tot sind. Im Moment gehen die Statistiker folglich von denen aus, die um 1940 herum geboren sind. Doch deren Lebensumstände waren ganz andere als die der 20 oder 30 Jahre später Geborenen. Mit beträchtlichen Folgen für Aktivität, Gesundheitszustand, Betreuungsbedarf im Alter.

Wenn im Jahr 2050 tatsächlich die Hälfte der Bundesbürger älter als 50 ist, wie vorhergesagt, ist das nicht per se beunruhigend – weil nicht aus den Erfahrungen der Gegenwart heraus zu bewerten. Der 60-Jährige von heute hat die Physis eines 50-Jährigen vor 30 Jahren. Die Menschen werden älter und bleiben dabei auch länger fit.

Mediziner weisen darauf hin, dass die Alterung der Gesellschaft nicht automatisch höhere Krankheitskosten bedeutet. Die körperlichen Malaisen treten später auf. Lebensweise, Prävention und medizinischer Fortschritt

spielen dafür eine entscheidende Rolle. Am Ende der Kette steht die Pflegebedürftigkeit. Und ein gutes Beispiel dafür, wie fragwürdig diesbezügliche Prognosen sind, ist das Alzheimer-Risiko. Derzeit leiden 1,3 Millionen Menschen unter Demenz. Aufgrund der Alterung werde sich diese Zahl in 20 Jahren verdoppelt und in 40 Jahren sogar vervierfacht haben, behauptet die internationale Alzheimer Organisation – und nennt als Grund dafür, dass die Wahrscheinlichkeit, an Demenz zu erkranken, im höheren Alter drastisch steigt.

**Alzheimer-Risiko kann sinken** Konrad Beyreuther, Alzheimerforscher an der Heidelberger Universität, bringen solche simplen Fortschreibungen in die Zukunft auf die Palme. „Unverantwortlich“ und „in keiner Weise gerechtfertigt“, nennt er sie. Schon heute seien ältere Menschen kognitiv stärker gefordert als früher. Das werde sich weiter verstärken, etwas durch die zunehmende Computernutzung im Alltag. Forschern zufolge lässt sich das Alzheimer-Risiko durch geistige Regsamkeit halbieren. Womöglich steigt die Zahl der Demenzzkranken also gar nicht groß – der Ausbruch der Krankheit würde sich bloß um die gewonnenen Jahre nach hinten verschieben. Denkbar wäre es. Exakt prognostizierbar ist es nicht.

Rainer Woratschka // Der Autor ist Journalist des „Tagesspiegel“ in Berlin.

**Auf 40 Jahre lassen sich keine seriösen Vorhersagen treffen.**

**Die Menschen werden älter und bleiben dabei auch länger fit.**

## Im Westen werden die Deutschen älter

**STATISTIK II** Die Lebenserwartung in den einzelnen Bundesländern ist extrem unterschiedlich. Die Gründe dafür sind vielfältig

Idyllische Fachwerkhäuser, Weinberge und die romantische Neckarinsel: In Tübingen lässt es sich gut aushalten. Und auch besonders alt werden – denn wer hier geboren wird, darf sich über die höchste Lebenserwartung in Deutschland freuen.

Bei 84,4 Jahren liegt die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt eines Mädchens im Moment. 79,9 Jahre sind es für einen Jungen. Damit liegen die Tübinger deutlich über dem Bundesschnitt. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes liegt die durchschnittliche fernere Lebenserwartung in Deutschland für Frauen bei 82,6 Jahren und für Männer bei 77,51. Seit vielen Jahren schon schneidet das Bundesland Baden-Württemberg dabei regelmäßig überdurchschnittlich ab. Während Frauen hier im Durchschnitt 83,5 Jahre alt werden, kann die weibliche Bevölkerung in Sachsen-Anhalt nur mit 81,7 Jahren rechnen.

**Sterblichkeitsunterschiede** Wie kann es sein, dass die Lebenserwartung innerhalb eines Landes so unterschiedlich ist? Auf diese Fragen geben Demografen nur zögerliche Antworten. Denn so gut man auch die Korrelationen kenne, so wenig wisse man letztlich über die Kausalitäten, gibt der Volkswirt am Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demografischer Wandel (MEA), Hans-Martin von Gaudecker, zu. Er hat sich der Gründe für die „zum Teil erstaunlich hohen“ Sterblichkeitsunterschiede in Ba-

den-Württemberg auf Kreisebene angenommen und dabei einen Hauptverantwortlichen ausgemacht: den sozioökonomischen Status. „In Kreisen mit hohem Einkommen leben die Menschen im Durchschnitt länger als in Kreisen mit geringem Einkommen.“ Daran gekoppelt ist auch ein hohes Bildungsniveau, wie der Volkswirt im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg Werner Brachat-Schwarz weiß. Gerade für den Landkreis Tübingen sei auffällig, dass dort der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss höher sei als in allen Landkreisen; zudem wechselten nirgendwo so viele Grundschüler auf ein Gymnasium.

Wie genau Einkommenshöhe und Bildungsstand zusammenwirken, um Menschen eine höhere Lebenserwartung zu verschaffen, wissen die Fachleute nicht. Sie haben aber starke Vermutungen: „Ein höheres Einkommen wirkt sich vermutlich günstig auf die Lebensweise und die Lebensumstände aus“, so Brachat-Schwarz, „dazu gehören ein größeres Gesundheitsbewusstsein, ein leichter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung ebenso wie das Ernährungsverhalten.“ Während im internationalen Vergleich die Lebenserwartung vor allem in Entwicklungsländern we-

sentlich von anderen Faktoren – etwa dem Zugang zu Nahrung und Wasser oder Umweltbedingungen – abhängt, spielen diese in hoch entwickelten Staaten wie Deutschland keine entscheidende Rolle.

**Einfluss der Bildung** „Man geht davon aus, dass gut gebildete Menschen sich besser ernähren, weniger rauchen und häufiger an Vorsorgemaßnahmen teilnehmen“, sagt von Gaudecker, „aber so lange wir nur mit Durchschnittswerten arbeiten können, die nicht auf der individuellen Ebene liegen, sind viele der Überlegungen zu den Kausalitäten letztlich Stochern im Nebel.“ Zu ihren Erkenntnissen kamen die Forscher, als sie für ihre Berechnungen sowohl Einkommens- als auch Renteneinkünfte als Variablen benutz-

ten. In anderen Untersuchungen, die sich vor allem mit der unterschiedlichen Lebenserwartung in Ost und West beschäftigen, geht es auch um den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit und Lebenserwartung. Die Vermutung, dass beide Faktoren zusammenhängen, liegt nahe: Die Lebenserwartung für Männer liegt in allen ostdeutschen Bundesländern unter dem



In Tübingen erfreuen sich die Bürger deutschlandweit der höchsten Lebenserwartung.

Bundesschnitt. Mit 10,3 war hier im Juni 2012 die Arbeitslosenquote fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland. So hat etwa Rembrandt Scholz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für demografische Forschung, nachgewiesen, dass die

ostdeutsche Bevölkerung hinsichtlich wichtiger Strukturmerkmale – etwa Beschäftigung und Sozialversicherung – eine ungünstigere Zusammensetzung habe als die westdeutsche. Dies führe „insgesamt zu einer höheren Sterblichkeit im Osten.“ Am

höchsten sei die Lebenserwartung der Menschen, die „weder Anrechnungszeiten für Arbeitslosigkeit noch für Krankheit“ aufweisen, am niedrigsten sei die derjenigen, für die sowohl Krankheit wie auch Arbeitslosigkeit verzeichnet werde. Auch der Münchner Soziologe Dieter Korczak weist darauf hin, dass Menschen, die nach den OECD-Kriterien als arm gelten, einen höheren Krankenstand hätten als diejenigen, die nicht arm seien.

**Angleichung** Trotz der deprimierenden Befunde sind die Forscher letztlich optimistisch: So kommt Rembrandt Scholz zu dem Schluss, dass sich die Lebenserwartung deutschlandweit angleichen würde, wenn sich die Arbeitsmarktsituationen in Ost- und Westdeutschland anpassen. Zudem habe die Lebenserwartung in Ostdeutschland innerhalb der vergangenen 20 Jahre um rund sieben Lebensjahre zugenommen. Das liege vor allem an der Annäherung der Lebensbedingungen, vor allem an der medizinischen Versorgung hüben und drüben. Und für diejenigen, die in Sachsen Lebenserwartung im „falschen“ Bundesland geboren sind, hat Dieter Korczak aufmunternde Erkenntnisse: „Wir wissen, dass die subjektive Lebensqualität vor allem durch Familie, Freunde und soziale Netzwerke bestimmt wird – und auch bei Menschen hoch sein kann, die objektiv in ungünstigen Umständen leben.“

Susanne Kailitz //





Speziell für ältere Mitarbeiter ausgelegt sind Arbeitsplätze im Werk des Automobilbauers BMW im bayerischen Dingolfing.

# Wachsen im Alter

**PRODUKTIVITÄT** Die künftige »Erfahrungsgesellschaft« kann dynamischer und produktiver sein als angenommen

**M**anche Autofirmen gehen daran, ihre Produktionstechniken umzustellen. Überkopfarbeiten, also etwa das Herumschrauben in der Höhe, sollen möglichst wegfallen. Älteren Kollegen macht dieses anstrengende Herumwerkeln oft sehr zu schaffen, und für sie bedeuten die neuen Methoden eine Erleichterung. In Unternehmen wird man sich künftig noch mehr altersgerechte Investitionen einfallen lassen müssen: Dies nutzt der Produktivität Älterer, überdies vermögen solche Innovationen Arbeitnehmer vielleicht zu motivieren, länger im Beruf zu bleiben. Der demografische Wandel hin zu einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung zwingt Betriebe zum Umdenken. Besonders der vielbeschworene Fachkräftemangel, bislang angesichts des großen Reservoirs an Erwerbslosen noch ein begrenztes Phänomen, dürfte wegen des Wettbewerbs um Arbeitnehmer im Übrigen auch höhere Löhne zeitigen.

**Produktivität sinkt nicht** Sind Ältere nicht weniger leistungsfähig und leistungswillig als bestens qualifizierte, dynamische jüngere Kollegen? Christoph Schmidt plädiert unter Verweis auf Fallstudien im produzierenden Gewerbe für differenzierte Sichtweisen. Jüngere würden zwar weniger Fehler als der ältere Teil der Belegschaft machen, doch seien diese gravierender. Umgekehrt unterliegen Älteren Missgriffe häufiger, die aber aufgrund größerer Erfahrung weniger schwerwiegend seien. Für den Bochumer Wirtschaftswissenschaftler

belegt dieses Beispiel, dass die Arbeitsproduktivität alternder Belegschaften nicht zwangsläufig abnehmen muss. Schmidt sitzt als Sachverständiger in der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, in der die Auswirkungen des demografischen Wandels zu den höchst strittigen Themen gehören. Auf den ersten Blick liegt eine simple Gleichung nahe: Die Zahl der Erwerbstätigen geht zurück, und diese werden im Schnitt immer älter – weswegen logischerweise das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt und sich die Politik auf Schrumpfungprozesse einstellen muss. Doch stimmt diese Rechnung? Wird ein solcher negativer Trend nicht kompensiert durch Produktivitätssteigerungen, wird die Abnahme an Beschäftigten nicht ausgeglichen durch mehr Ältere, mehr Frauen, mehr Zuwanderer?

**Senioren mit anderen Werten** „Alle stochern mit Stangen im Nebel“, sagt Meinhard Miegel, Ex-Chef des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft. Zwar sei in der Geschichte immer mal wieder das Phänomen einer schrumpfenden Bevölkerung aufgetreten, doch eine alternde Gesellschaft mit wenig Kindern und Jugendlichen sei „etwas völlig Neues“, für die „Bewältigung dieser Herausforderungen gibt es keine historischen Vorbilder“, mahnt der Professor. Wie gravierend wird dieses Problem indes überhaupt sein? Es existieren teils sehr unterschiedliche Schätzungen. Als Richtschnur mag eine von Schmidt genannte Ziffer gelten: Der Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen werde in den nächsten vier Jahrzehnten rund 30 Prozent betragen. Miegel hat eine eher pessimistische Sicht der Dinge. Er warnt davor, angesichts einer „qualitativ anderen Gesellschaft“ statistische Trends etwa bei der Produktivität oder der BIP-Entwicklung einfach linear fortzuschreiben. Für Miegel ist es „ungewiss“, ob es noch zu spürbaren Produktivitätsfortschritten kommen wird. Eine alternde Gesellschaft verhalte sich nicht „betont dynamisch-expansiv“, so Miegel. Vom 45. Lebensjahr an seien die Leute weniger daran interessiert, die Wirtschaftsleistung zu erhöhen. In diesem Alter zählten nicht mehr so sehr Veränderungen und Konsumorientierung, sondern Werte wie Ruhe, Genuss, Freizeit. Zweifel im Blick auf künftige Wachstumsraten hegt er auch deshalb, weil zusehends medizinische und pflegerische Dienstleistungen benötigt würden, und solche Branchen seien für „Produktivitätssteigerungen nur bedingt zugänglich.“ „Produktivität schlägt Demographie“: So kontert Norbert Reuter Miegels Prognosen. Der Sachverständige rechnet auch künftig mit Produktivitätsfortschritten und Wachstumsraten. Bei einem Produktivitätsplus von einem Prozent werde bis 2060 das BIP insgesamt leicht, das BIP pro Kopf sogar deutlich steigen. Sollte es gelingen, die Erwerbstätigenquote unter den bis zu 65-Jährigen auf 80 Prozent anzuheben, dann werde diese Entwicklung noch positiver verlaufen. Schrumpfung und Alterung führten nicht zu einem „grundsätzlichen Knappheitsproblem“, so der Wirtschaftsexperte beim Verdi-Vorstand: „Wir können uns der demogra-

phischen Herausforderung gelassen stellen.“ Trotz demografischer Veränderungen wird sich nach Verdi-Berechnungen der im Prinzip für jeden zur Verfügung stehende Reichtum bis 2050 verdoppeln. Schmidt betont, man starte in den demografischen Wandel mit einem beachtlichen ma-

Fachkräftemangel der Wille zu technischen Neuerungen stärker werde und Produktivitätsschübe zu verzeichnen seien. Wie der Magdeburger Wirtschaftswissenschaftler meint auch dessen Münchner Kollege Kai Carstensen, eine alternde Gesellschaft könne durchaus innovativ sein. Früher habe sich die Ru-



Lebenslanges Lernen: Vorlesung in der Universität Chemnitz

terriellen Lebensstandard. Trotz des Rückgangs der Zahl der Erwerbspersonen werde das BIP pro Kopf weiter klettern, mit zunehmendem Alter wachse die Arbeitsproduktivität der Berufstätigen. Für Karl-Heinz Paqué ist historisch belegt, dass gerade in Zeiten von Arbeitskräfte- und besonders von

Notwendig ist auch eine altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt sowie mehr Fortbildung. Vor dem Gremium entwarf Professorin Heike Solga vom Wissenschaftszentrum Berlin ein differenziertes Szenario für eine von der Vorsitzenden der Kommission, Daniela Kolbe (SPD), geforderte „Kultur des lebenslangen Lernens“. Zum Instrumentenkasten zählt auch eine familienfreundliche Organisation des Berufslebens. Und dann ist da noch der wachsende Bedarf an Arbeitskräften aus dem Ausland. Kolbe fragt: „Wie attraktiv sind wir überhaupt für Zuwanderer?“

und dynamischer sein werden als ehemals: Deren Bereitschaft, neue Projekte zu wagen, werde angesichts einer höheren Lebenserwartung wachsen. „Defätismus“ lehnt auch Waltraud Wolff ab: „Der technische Fortschritt wird rasant zunehmen.“ Überdies könne eine ältere Bevölkerung, so die SPD-Parlamentarierin, eine „Erfahrungsgesellschaft“ hervorbringen. Nun hat ein höherer Anteil Älterer in der Bevölkerung unweigerlich größere Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme zur Folge, wovon nicht nur Miegel warnt. Inwiefern diese Kosten vom Staat oder von Beitragszahlern zu stemmen sind und wie viel sich über den Produktivitätsfortschritt finanzieren lässt, ist offen. Paqué sieht nicht nur Risiken: Der Gesundheitssektor könne sich auch als Wachstumsmotor entpuppen. Unstrittig ist in der Kommission, dass eine schrumpfende und alternde Erwerbsbevölkerung zusätzlicher Arbeitskräfte bedarf. Man werde mehr Ältere, Frauen und Zuwanderer gewinnen müssen.

hbestandsgeneration auf viele Jüngere verlassen können, weswegen Ältere kaum Anreize zu wirtschaftlichem Engagement verspürt hätten – was der demografische Wandel jedoch ändern werde. Der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein ist überzeugt, dass 50- bis 60-Jährige aktiver

mitbringt, auf denen eine aufwändige Ausbildung aufbauen kann. Angesichts des latenten Fachkräftemangels steht die Bundeswehr in der Nachwuchsgewinnung daher in Konkurrenz mit der Wirtschaft, die sich in den kommenden Jahren deutlich verschärfen dürfte. Was etwa Ärzte, IT-Spezialisten und Ingenieure betrifft, kann sie bereits heute ihren Personalbedarf nicht decken. Daher wird die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr neu organisiert. 16 Karrierecenter, 110 ständig besetzte und bis zu 200 mobile Beratungsbüros sollen flächendeckend präsent sein. Unter vielfältigen Aspekten – von der Kinderbetreuung bis zur zivilberuflichen Aus- und Weiterbildung – soll die Attraktivität des Dienstes erhöht werden. Auch ihre anfängliche Zurückhaltung gegenüber sozialen Netzwerken wie Facebook hat die Bundeswehr überwunden. Nur beim Geld sind ihr die Hände gebunden. Geld allein, so meint sie selbstbewusst, macht die Attraktivität eines Arbeitsplatzes aber nicht aus. Auch das Gefühl, etwas Sinnvolles für das Gemeinwohl zu leisten, könne berufliche Erfüllung bieten. Der Slogan „Wir. Dienen. Deutschland“ soll dies zum Ausdruck bringen. Peter Boßdorf

## Junge und Alte helfen sich Kämpfer auf Facebook gesucht

**BUNDESFREIWILLIGENDIENST** Alle Erwartungen übererfüllt

Das erste „Bufdi-Jahr“ ist abgelaufen – und nur über einen Punkt mag sich Familienministerin Kristina Schröder (CDU) grämen: Mehr als die 254 Millionen Euro an jährlicher Förderung für den neuen Bundesfreiwilligendienst wollen die Haushälter des Bundestags partout nicht locker machen. Dabei könnten etwa die Wohlfahrtsverbände ohne Probleme doppelt so viele Stellen besetzen, sagen sie. Deren großes Zittern nach Wegfall des Zivildienstes mit seinen 90.000 Stellen zum 1. Juli 2011 erwies sich eindrucksvoll als unnötig: kein Pflegenotstand brach aus. Immer mehr jungen Menschen sind bereit, die wachsenden Schar älterer Pflegebedürftiger zu unterstützen. Auch grub der Bundesfreiwilligendienst nicht den Länderprogrammen „Freiwilliges Soziales Jahr“ und „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ das Wasser ab. 48.000 Verträge seien seit Einführung des Bundesfreiwilligendienstes abgeschlossen worden, meldete das Ministerium und jubelte: „Alle Erwartungen übertroffen.“ Für Schröder ist es gar eine „politische Sensation“. Allen Altersklassen steht der Freiwilligendienst offen. Es überwiegt der Einsatz im Sozialen. Überdies geht es um Bereiche wie Ökologie oder Zivil- und Katastrophenschutz, dazu Kultur und Bildung. 64 Pro-

zent der Teilnehmer sind zwischen 16 und 26 Jahre alt – aber immerhin 20 Prozent jenseits der 50. Dazu zählt der „Schreinermeister im Ruhestand, der in die KITAS geht und mit den Kindern Vogelhäuser baut“, beschrieb es Schröder in der „Berliner Morgenpost“. Und sie verwies auf die „pensionierte Lehrerin, die Kindern mit Migrationshintergrund bei den Hausaufgaben hilft“. Das Geld vom Bund reicht zur Förderung von 35.000 Freiwilligen-Stellen. Die Teilnehmer sind gesetzlich sozialversichert. Dazu kann ein Taschengeld von maximal 336 Euro gezahlt werden. Gegebenenfalls erhalten die Eltern Kindergeld. An 25 Tagen müssen die „Bufdis“ an Seminaren teilnehmen. Diese Fortbildungskomponente ist der Opposition zu mickrig, wie etwa Sönke Rix (SPD-Fraktion) anklagen lässt. Kritik gibt es auch an der üppigen Bürokratie, mit der das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Bafza) den Bundesfreiwilligendienst organisiert. Kristina Schröder schaut lieber auf die Freiwilligen. Ihnen gebühre „unser Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung“. Ohne sie wäre das Projekt „nicht zu einem solchen Erfolg geworden.“ Franz Ludwig Averdunk

Der Autor ist Korrespondent in Berlin.

**BUNDESWEHR** Nachwuchsdecke für den Soldatenberuf ist erheblich dünner als vor 20 Jahren. Zuspruch unerwartet hoch

Nicht zum ersten Mal steht für die Bundeswehr eine Reform auf der Tagesordnung. Die aktuelle Reform kann als die grundlegendste ihrer Geschichte gelten. Kaum etwas bleibt, wie es war. Vom Ministerium abwärts bis in den letzten Truppenteil hinein wird aufgelöst, umgebaut und neu aufgestellt. Für die Öffentlichkeit ist vor allem eine mit Standortlosigkeit einhergehende Reduzierung des Personalumfangs wahrnehmbar. Waren in der alten Struktur knapp über 250.000 Soldatinnen und Soldaten eingepflanzt, so werden es in Zukunft nur noch 175.000 bis 185.000 sein. Auch die Zahl der Zivilbeschäftigten wird deutlich sinken – von etwa 76.000 auf 55.000.

**Sparbeitrag** Die Bundeswehr soll einen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen leisten. Dies ist ein Grund für die Reform, aber nicht der einzige. Auch gilt es, ihre seit langem beklagte Überbürokratisierung zu überwinden. Und sie soll, so verkündet die Planer im Ministerium, nicht zuletzt „demografiefest“ sein. Schließlich mache es keinen Sinn, irgendwelche Sollstärken in den Raum zu stellen, wenn man nicht sicher sein kann, genügend Personal zu rekrutieren. Die Geburtenjahrgänge, die die Bundeswehr heute für die Nachwuchsgewinnung ins Auge fasst, sind nämlich nur

noch ungefähr halb so stark wie jene von vor 20 Jahren. Dies wird zwar ein wenig dadurch aufgefangen, dass alle militärischen Laufbahnen seit 2001 auch Frauen offen stehen. Allerdings sind derzeit gerade einmal neun Prozent der Angehörigen der Streitkräfte weiblichen Geschlechts. Mehr Soldaten als jetzt geplant, so hat Verteidigungsstaatssekretär Stéphane Beemelmans jüngst auf einer Konferenz des Reservistenverban-



Soldat als Beruf: Ansturm wie nie

des bekräftigt, sind daher aus demografischen Gründen nicht möglich, selbst wenn man es wollte und finanzieren könnte. Die Ziele, die man sich im Berliner Bandler-Block gesetzt hat, sind ambitioniert. In Zukunft müssen Jahr für Jahr 13.000 junge Männer und Frauen als „Soldaten auf Zeit“ gewonnen werden, um den angestrebten Personalumfang zu halten. Da nicht alle Bewerber geeignet sind und die Bundeswehr – nicht anders als Unternehmen – unter ihnen die am besten erscheinenden auswählen möchte, hofft man, dass die Zahl der Interessenten möglichst um ein Vielfaches höher liegt. Darüber hinaus sollen stets mindestens 5.000, höchstens jedoch 15.000 junge Männer und Frauen freiwilligen Wehrdienst von bis zu 23 Monaten leisten. Im ersten Jahr nach der Aussetzung der Wehrpflicht gab es hierfür unerwartet hohen Zuspruch. Unter 35.000 Bewerbern wurden knapp 12.500 ausgewählt – mit einer durchschnittlichen Wehrdienstdauer von 15 Monaten. Sorge bereitet der Bundeswehr, dass nahezu 25 Prozent der Freiwilligen den Dienst vorzeitig quittierten. Masse allein macht es jedoch nicht. Die Bundeswehr ist eine High-Tech-Armee. Für sehr viele Dienstposten wird Personal benötigt, das bereits spezielle Qualifikationen

Der Autor ist Journalist für Sicherheitspolitik in Bonn.



# Langer Lauf zum Lebensende

**EUROPA** Europas Bürger werden immer älter. 2012 rief die Europäische Kommission das Jahr des aktiven Alterns aus. Mit Initiativen wie dieser will sie neue Impulse setzen. Für konkrete Maßnahmen fehlt ihr allerdings die Kompetenz.

Als dem Off ertönt die Melodie von Günther Jauchs Fernsehquiz „Wer wird Millionär?“ – allerdings in der Klavierfassung. Und statt des deutschen Fernsehliebings stellt im nachgebauten Studio eine rüstige ältere Dame der Seniorentheatergruppe Köpenick Fragen über Europa, zum Beispiel: „Wofür stehen die zwölf Sterne auf der europäischen Flagge?“ Zu sehen ist das Ganze in einem TV-Quiz: „Wer wird Europamillionär?“ heißt der Einspielfilm, den Peter Wolf an diesem Dienstag Senioren in einer Begegnungsstätte in Bad Saarow (Brandenburg) zeigt. Der Geschäftsführer des Vereins Bürger Europas e.V. macht europapolitische Bildungsarbeit – mit Senioren. Statt Vorträge über den Sinn und Zweck Europas zu halten, versucht er mit seinem etwas anderen Europa-Quiz, ältere Menschen für das Thema zu begeistern. In weiteren Einspielfilmen klärt er die Rentner darüber auf, was man wissen muss, um eine Kur im EU-Ausland zu beantragen oder welche europäischen Lebensmittelsiegel es gibt. „Die Reaktionen der Teilnehmer sind durchweg gut“, erzählt der gelernte Außenwirtschaftsökonom. Dann sagt Wolf: „Ältere Menschen haben Zeit und Interesse.“

**Megatrend** Wolfs Seniorenarbeit ist eine von insgesamt 45 Initiativen zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“, die 2012 in Deutschland vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit 890.000 Euro gefördert werden. „Mit dem Europäischen Jahr 2012 werden die Potenziale älterer Menschen aufgezeigt und mobilisiert“, sagt Christine Massion, Leiterin der Geschäftsstelle für das Europäische Jahr 2012. Von über 300 eingereichten Projekten wurden dafür 45 ausgewählt. „Diese Projekte zeigen eine breite Vielfalt

guter Aktivitäten, die wichtige Impulse für gutes Altern geben“, sagt Massion. Mehr als ein Drittel der Älteren in Deutschland engagiert sich bereits freiwillig und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Solidarität zwischen den Generationen. Dennoch gibt sie zu bedenken: „Man darf nicht vergessen, dass es auch Menschen gibt, die in diesem Lebensabschnitt Hilfe brauchen.“

**Große Schere** Ältere Menschen, weiß Massion, sind daher einer der wichtigsten „Stützpfiler, auf den wir nicht verzichten können, wenn es darum geht, den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen – sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene.“ In der Tat ist das Auseinanderdriften der Generationen kein deutsches Phänomen. Deutschland muss in Zukunft allerdings ein besonderes Interesse haben, die Potenziale älterer Menschen zu aktivieren, denn der demografische Wandel ist im Vergleich mit anderen europäischen Ländern hier besonders sichtbar: Es gibt in Europa kein Land, das einen höheren Anteil von Menschen über 65 Jahre hat. Ihr Anteil lag im Jahr 2010 laut Eurostat bei 20,7 Prozent, dicht gefolgt von Italien mit 20,2 Prozent und Griechenland mit 18,9 Prozent. Dagegen leben in Irland die wenigsten älteren Menschen. Ihr Anteil betrug 2010 lediglich 11,3 Prozent. 2030 werden in Deutschland 29 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein, während es in Irland nur 16 Prozent sein werden. Dementsprechend haben die Deutschen im Vergleich zu den 27 anderen EU-Staaten auch das höchste Durchschnittsalter: 2011 betrug es 44,6 Jahre, während Franzosen, Dänen und Spanier im Schnitt vier Jahre jünger sind. Für diese Entwicklung gibt es auch in Europa vor allem zwei Erklärungsmuster: Die niedrigere Geburtenrate und die höhere Lebenserwartung. Bei den Geburten ist



Sport ist eine Möglichkeit, sich fit zu halten: 2010 waren 17 Prozent der EU-Bürger über 65 Jahre alt, 2030 werden es bereits 24 Prozent sein

Deutschland weiterhin Schlusslicht in Europa. 2010 kamen in Deutschland auf 1.000 Einwohner 8,3 Geburten, während es im EU-Durchschnitt 10,7 Kinder waren. Auch hier wurden die höchsten Geburtenraten aus Irland mit 16,5 Kindern auf 1.000 Frauen, aus Großbritannien (13 Kinder auf 1.000 Frauen) und aus Frankreich (12,8 Geburten auf 1.000 Frauen) gemeldet. Bei der Lebenserwartung liegt Deutschland mit durchschnittlich 80 Jahren im Mittelfeld. Am ältesten werden die Südländer in Spanien und Italien mit 82 Jahren. Letten und Litauer sterben mit 73 Jahren wesentlich früher. (siehe Seiten 4 und 5)

**Einheitliche Entwicklung** Auch wenn die Bevölkerungszahl in den 27-EU-Staaten im Jahr 2011 auf 502,5 Millionen Menschen wuchs und die Entwicklungen in den 27 EU-Staaten verschieden sind, gibt es einen einheitlichen demografischen Trend: Europa wird immer älter. Das Wachstum kommt dabei hauptsächlich durch Immi-



Zuständig für Demografie in der EU: Beschäftigungskommissar László Andor

gration von Menschen aus Nicht-EU-Staaten zustande. Das hat die bereits seit langem bekannten Konsequenzen: Die demografischen Entwicklungen verändern die Strukturen in der Arbeitswelt, sie berühren das familiäre Zusammenleben, haben erheblichen Einfluss auf die Finanzierung des Staates und die Frage der gesellschaftlichen Lastenverteilung. Sie führen zudem zu starken Unterschieden in den einzelnen Regionen. Im Oktober 2006 legte daher die Europäische Kommission einen Bericht über die demografische Zukunft Europas vor. Damals benannte sie fünf Handlungsfelder, in denen die Mitgliedsländer tätig werden sollten: Neben der demografischen Erneuerung, also familienpolitischen Fragen, sollten der Beschäftigungssektor, die Produktivität, die Integration von Migranten und die Zukunft der öffentlichen Finanzen untersucht werden. Schon damals wies die Kommission daraufhin, dass „die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft durch die Schaffung tragfähiger öffentlicher Haushalte erfüllt werden müsse“.

**Unbekannter Faktor Finanzkrise** Die Europäische Kommission geht davon aus, schreibt sie in ihrem Demografiebericht 2010, dass die demografische Entwicklung auch „einen starken Druck zur Erhöhung der öffentlichen Ausgaben“ erzeuge. Welche Konsequenzen die derzeitige europäische Finanzkrise auf die sozialen Sicherungssysteme haben wird, ist heute noch nicht vorhersehbar. Für Jonathan Todd, Sprecher von EU-Beschäftigungskommissar László Andor, sind die enormen Kosten der Renten und Gesundheitsversorgung die größten Herausforderungen bei der Bewältigung des demografischen Wandels. „Es gibt immer mehr Menschen, die in Rente gehen und länger leben“, sagt er. Für ihn liegt daher ein wichtiger Schlüssel für die Anpassung an die

neuen demografischen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt: „Eine der möglichen Lösungen ist es, eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern und alte Menschen zu motivieren, länger zu arbeiten.“

**Kein Königsweg** Entscheidend sei dabei aber nicht nur, wann jemand in Rente gehe, sagt Todd. Es sei genauso wichtig, den jeweiligen Arbeitsplatz an die Bedürfnisse älterer Menschen – beispielsweise durch Teilzeitmaßnahmen – anzupassen. Ein ermutigendes Beispiel für einen solchen Prozess könne man in Dänemark sehen. Aber, gibt Todd zu bedenken: „Die Kommission kennt nicht den Königsweg, all diese Probleme zu lösen.“ Was man aber tun könne, sei, die Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten zu unterstützen und nach der best practice suchen, „aber die konkreten Entscheidungen, die getroffen werden, liegen bei jedem einzelnen Mitgliedstaat“, sagt Todd. Das zeigt auch das Dilemma der Europäischen Union: Sie weiß, welche großen Herausforderungen der Rückgang der europäischen Bevölkerungen bedeutet, in vielen Bereichen ist sie aber nur sehr beschränkt handlungs-

fähig. Denn die sozialen Sicherungssysteme liegen klar in der Kompetenz der Nationalstaaten. Die Union kann daher kaum eigene europäische Akzente setzen. Das zeigt auch die Wachstumsstrategie „Europa 2020“. Sie nennt zwar konkrete Bereiche, mit denen demografischer Wandel und Wirtschaftswachstum miteinander vereinbar werden sollen. Handlungsempfehlungen für einzelne Länder findet man dort aber nicht. Vorschläge wie die Integration von Migranten und die Vereinbarkeit von bezahlter Arbeit und familiären Verpflichtungen zu fördern, finden sich genauso auch in der Demografiestrategie des Bundesinnenministeriums „Jedes Alter zählt“ (siehe Seite 6). Inzwischen haben die Senioren in Bad Saarow ihren „Europamillionär“ gekürt und Peter Wolf verteilt die Preise: Schirme, Skatkarten und Bionudeln mit dem Europazeichen. „Aktives Altern ist mit körperlicher und geistiger Bewegung verbunden“, sagt Wolf. Aber noch wichtiger ist für ihn: „Europa ist mehr als die Krise – man kann darüber auch lachen.“

Annette Sach

## STICHWORT

### Europäisches Jahr für aktives Altern 2012 – Zahlen und Fakten

**> Ziele** Mit dem gemeinsam vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament ausgerufenen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen sollen die Potenziale älterer Menschen stärker wertgeschätzt und mobilisiert werden.

**> Schwerpunkte** Neben einem neuen Leitbild für aktives Altern sollen etwa die Potenziale Älterer für die Wirtschaft weiterentwickelt werden, aber auch neue Produkte und Dienstleistungen angeregt und eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erreicht werden.

**> Initiativen** Mit der Umsetzung des Jahres für aktives Altern wurde das Bundesfamilienministerium betraut. Aus rund 300 eingereichten Projekten wählte es 45 Initiativen aus.

## Peak Oil vs. Peak Menschheit

**WELTBEOVÖLKERUNG** Die Ressourcen werden knapper, die Zahl der Menschen jedoch größer

11. Juli 1987: die Weltbevölkerung durchbricht UN-Berechnungen zufolge die Schallmauer von fünf Milliarden Menschen. Um auf die damit verbundenen Probleme aufmerksam zu machen, ist seit 1989 der 11. Juli der Internationale Weltbevölkerungstag. Nicht einmal zehn Jahre später ist für leicht förderbares Erdöl „Peak Oil“ erreicht, der Moment, von dem an es mit den Fördermengen nur noch abwärts gehen kann. Die Ressourcen werden weltweit knapp, die Welt wird eng: Waren es 1950 etwa 2,5 Milliarden Menschen weltweit, so wurde im Oktober 2011 bereits die Sieben-Milliarden-Marke überschritten. Und bis 2015 rechnet die UNO mit einem Bevölkerungswachstum von etwa 78 Millionen Menschen pro Jahr – fast die Bevölkerungszahl Deutschlands also jährlich zusätzlich auf einem Planeten, der nicht wachsen kann. „Globale Probleme unserer Zeit wie Armut, Ernährungs- und Klimawandel lassen

sich nur überwinden, wenn wir das rasante Bevölkerungswachstum in den ärmsten Ländern der Welt verlangsamen“, erklärt Renate Bähr, Geschäftsführerin der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdstöße werden oft durch Rohdudung größerer Flächen begünstigt, wie etwa bei der Flutkatastrophe in Pakistan 2010 – primär eine Folge der Überbevölkerung. Um diesem Trend entgegenzuwirken, gibt es findige Ideen, wie beispielsweise in Malaysia: Bereits in den frühen 1990er Jahren nutzte der südostasiatische Staat seine Währung, um selbst den Analphabeten des Landes Bildung in Sachen Familienplanung zu bieten: Es prägte eine Münze auf die Rückseite einer Münze, die aus einem Vater, einer Mutter und zwei Kindern bestand. „Mehr nicht“, lautete die Botschaft. Immerhin wollen nun auch Länder wie Ruanda versuchen, mittels Bildung die Zahl der Geburten zu regulieren.

Es klingt grotesk: Während der gesamte Planet unter der Überbevölkerung ächzt, will Deutschland die Zuwanderung für Fachkräfte attraktiver machen. Paradox: Während hierzulande mit Betreuungsgeld und garantierten Kita-Plätzen das Kinderkriegen attraktiver werden soll, propagieren Vietnam und Indien die Zwei-Kind-Politik. Und das aufstrebende China beharrt gar auf einer rigiden Ein-Kind-Formel. Allerdings macht dem Reich der Mitte nun kein Bevölkerungsrückgang, wohl aber eine Überalterung der Gesellschaft zu schaffen. Fünf Provinzen wirken dieser Entwicklung bereits mit einer Zwei-Kind-Politik entgegen. Die UNO erwartet, dass bis 2050 die Zahl der Europäer um etwa 15 Millionen zurückgeht. Zehn Millionen entfallen dabei allein auf die Bundesrepublik. Eine Kompensation des Bevölkerungsrückgangs mittels Zuwanderung statt durch Geburten kann sich hinsichtlich der weltweiten Bevölkerungsentwicklung als sinnvoll erweisen. ver

Anzeige

## Kommunen im demographischen Wandel

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)  
**Stadt – Land – Umland**  
Handlungsansätze für Kommunen im demographischen Wandel  
erschient im Herbst 2012  
ca. 200 Seiten, Broschur  
ca. € 20,- [D] / sFr. 35,50  
ISBN 978-3-86793-429-9

Chance oder Risiko? Das Thema »demographischer Wandel« wird mittlerweile auch in der breiten Öffentlichkeit oft diskutiert – häufig allerdings ausschließlich mit Blick auf die Risiken. »Stadt – Land – Umland« möchte dazu anregen, den Fokus – ohne Denkblockaden – auf die Chancen zu legen. Als Grundlage dienen Informationen und Daten zur Bevölkerungsentwicklung für alle Kommunen ab 5.000 Einwohner, typisiert auf Basis unterschiedlicher sozioökonomischer Indikatoren. Was bereits möglich ist und wie vielfältig die Gestaltungsspielräume sind, zeigen Beispiele aus der Praxis.



Verlag BertelsmannStiftung

Postfach 103, 33311 Gütersloh | ☎ 05241/80-88280 | ☎ 05241/46970  
www.bertelsmann-stiftung.de/verlag | sabine.reimann@bertelsmann-stiftung.de



Attraktiv und dynamisch: So inszeniert ein Modelabel heute den 70-Jährigen Münchner Barmann Charles Schumann (li.). Else Reck mitte hingegen in den 80er- und 90er Jahren mit schlohweißem Haar vor allem die „Oma“.



## Globetrotter im besten Alter

**REISEN** Immer mehr Veranstalter bieten Reisen speziell für ältere Menschen an. Kein Wunder, sind sie doch unternehmungsfreudiger und konsumfreudiger denn je. Das zeigen aktuelle Reiseanalysen der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen in Kiel. So waren im Jahr 2011 schon 46 Prozent aller Urlauber über 50 Jahre alt. 22 Prozent der Reisenden waren über 65 – und es werden immer mehr. Die „Best Ager“ sind gute Kunden: Die durchschnittliche Reisedauer der über 65-Jährigen ist mit 12,6 Tagen höher als die der Gesamtbevölkerung (12,4 Tage). Pro Kopf geben sie außerdem 889,4 Euro aus, der Durchschnitt lag bei 867,8 Euro. Nur junge, unverheiratete Paare sind deutlich spendabler: Sie gaben im Jahr 2011 1054,9 Euro pro Kopf aus. Auch in der Reisegestaltung setzen ältere Globetrotter andere Prioritäten: Sie verreisen besonders oft innerhalb Deutschlands (44 Prozent), und dafür seltener (56 Prozent) als der Durchschnitt der Deutschen ins Ausland (68,8 Prozent). Senioren buchen besonders gerne Pauschalreisen (43,5 Prozent) und sind deutlich öfter mit dem Bus unterwegs (24 Prozent) als der Durchschnitt (8,4 Prozent). Auch Schiffe stehen als Fortbewegungsmittel hoch im Kurs (3,6 Prozent, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 2 Prozent). Insgesamt checkten 3,1 Prozent der Senioren 2011 auf einem Kreuzfahrtschiff ein, aber nur 0,4 Prozent der 14- bis 29-Jährigen. joh |

## Hohe Kaufkraft, große Vermögen

**SENIOREN** Längst nicht allen, aber vielen älteren Menschen und Senioren in Deutschland geht es finanziell sehr gut. Untersuchungen der Gesellschaft für Konsumforschung zufolge verfügten im Jahr 2008 Menschen über 65 über die zweithöchste Kaufkraft (289 Milliarden Euro). Höher war nur die von Menschen zwischen 40 und 49 Jahren (339 Milliarden Euro). Laut Deutschem Institut für Altersvorsorge (DIA) verfügen außerdem nur Rentner in den Niederlanden, Österreich, Frankreich und Luxemburg über mehr Einkommen als hier. Mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 20.218 Euro lagen die Rentnerhaushalte 2008 außerdem über dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung – nur kinderlose Paare und Alleinlebende verdienten mehr. Die Armutsquote lag mit 12,7 Prozent unter dem Durchschnitt. Die so genannte Grundsicherung, die der Staat gewährt, wenn Einkommen oder Rente nicht ausreichen, nahmen 2010 zwar mehr als 400.000 Menschen über 65 in Anspruch, mehr als 2003 (258.000). Doch der Anteil dieser Altersgruppe ist mit 2,5 Prozent nach wie vor gering. Am meisten verdienen die Deutschen dem DIA zufolge zwischen dem 35. und dem 65. Lebensjahr. Aber auch danach sind die Einkommen durchschnittlich höher als die der unter 25-Jährigen. Viele haben zudem in den Wirtschaftswunderzeiten nach dem Krieg beträchtliche Vermögen angespart. Sie können folglich mehr konsumieren, aber auch viel vererben: Bis zum Jahr 2020, zeigt eine DIA-Studie aus dem Jahr 2011, werden rund 2,6 Billionen Euro den Besitzer wechseln, das Erbschaftsvolumen steigt damit um 20 Prozent, verglichen mit dem Zeitraum 2001 bis 2010. Reiner Braun, Autor der Studie, dazu: „Dies ist die einkommensstärkste und vermögendste Erbgeneration, die Deutschland je gesehen hat.“ joh |

# Bolzplatz statt Ohrensessel

**WERBUNG IM WANDEL** Schluss mit „14-49“. Die Branche entdeckt die Älteren als lukrative Zielgruppe

**D**er 50. Geburtstag ist aus Verbrauchersicht ein Todesurteil. Wer 50 wird, fällt nämlich aus der so genannten „werberelevanten Zielgruppe“ heraus – jener Gruppe, die den idealtypischen Konsumenten definiert und den Werbezeitvermarktern der Fernsehsender seit rund 20 Jahren ihre Umsätze beschert. Konsum findet danach hauptsächlich im Alter zwischen 14 und 49 Jahren statt. Danach ist der Mensch als Verbraucher quasi erledigt. In Deutschland etabliert hat dieses Messsystem zu Beginn der 1990er Jahre der frühere RTL-Programmdirektor Helmut Thoma. Der junge Privatsender brauchte dringend Werbeeinnahmen, und weil die älteren Zuschauer eher die Öffentlich-Rechtlichen einschalteten, die jüngeren aber lieber RTL, war es eine äußerst clevere Idee, die Referenzzielgruppe auf „14-49“ festzulegen. Thoma zeigte sich noch Jahre später verwundert darüber, wie lange und gut dieser Trick funktioniert hatte.

**Wandel im Lebensgefühl** Heute allerdings findet Thomas Ex-Sender RTL das Ganze nicht mehr so toll. Seit der für ihn einst so wichtige Klientel der 14- bis 49-Jährigen merklich schrumpft, die Älteren aber immer mehr werden, entdeckt auch er die Menschen jenseits der Lebensmitte. Eine neue Zauberformel muss her, aus „14-49“ soll „20-59“ werden. „In der Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen findet schon jetzt nicht

mehr der Hauptanteil des Konsums statt“, erklärt Cordelia Wagner, Unternehmenssprecherin von IP Deutschland, Werbezeitvermarkter unter anderem von RTL, VOX und n-tv. Mit dem Wandel der Gesellschaftsstruktur gehe auch ein Wandel im Lebensgefühl und Verhalten einher, sagt Wagner: „Die über 50-Jährigen sind heute finanzstärker als früher, probieren Neues aus, reisen gern und sind ganz allgemein sehr konsumfreudig.“ Das sieht auch Dieter Müller von der ARD Werbung so: „Wenn man Werberelevanz in eine Altersgruppe übersetzen will, dann ist 20-59 heute näher dran an der Realität als 14-49. Es macht also Sinn, einen Wechsel herbeizuführen.“ Eine neue Konvention hätte für Sender mit vielen älteren Zuschauern einen Vorteil – für die Werbebranche aber einen Nachteil: „Die Werbetreibenden müssten für eine Altersgruppe mitbezahlen, die sie bisher weitgehend umsonst bekommen“, sagt Müller. Für Michael Keller vom ZDF Werbeformen ist die Diskussion über 14-49 oder 20-59 allerdings „Zahlenspieler“. Er sieht es grundsätzlich als Fehler an, werberelevante Zielgruppen über das Alter zu definieren. „Das Konsumverhalten ist nicht mehr abhängig davon, ob jemand jünger oder älter ist“, sagt Keller. „Es gibt sowohl 30-Jährige als auch 60-Jährige, die gut konsumieren.“

**Die Alten werden nicht mehr als alt angesprochen. Sie fühlen sich nicht als Greise.**

Roland Bös, Scholz&Friends

Die Werbebranche und nicht zuletzt die Hersteller von Produkten haben sich von engen Formeln längst gelöst. Dass sich auch mit Menschen jenseits der 50 oder sogar 60 gutes Geld verdienen lässt, haben sie schon seit einigen Jahren entdeckt. Immer häufiger zielen Spots und Kampagnen auf die Älteren, werben Grauhaare für Lebensmittel, Elektro-Artikel oder Finanzdienstleistungen. Da kicken beispielsweise im neuesten Spot eines bekannten Schuhherstellers fitte Herren um die 70 nachts bei Flutlicht auf dem Bolzplatz. „Still doing it“ – „Sie tun es immer noch“, lautet der Slogan dazu. Ein Anbieter von Clubreisen zeigt ein Foto von Bruno und Angela, einem attraktiven, älteren Paar, das sich vergnügt und verliebt im Meer mit Wasser bespritzt. Und – für die Werbebranche aber einen Nachteil: 2007 sorgte eine Kampagne für eine Körperpflegefirma für Aufsehen: Auf Plakaten und in Fernsehspots waren nicht die üblichen makellosen Körper zu sehen, sondern ästhetisch fotografierte, grauhaare Frauen um die 60. Alle waren nackt. Die Message: „Schönheit kennt kein Alter“. Die Zeiten sind offenbar vorbei, in denen Ältere in Werbespots immer nur Oma und Opa verkörpern, die milde lächelnd Karamell-Bonbons an ihre Enkel verteilen. Oder in denen sie nur für Haftcremes, Waschmittel und Inkontinenzunterlagen werben dürfen.

„Früher wurden in der Werbung vor allem die Defizite und Gebrechen der Älteren betont oder sie wurden auf ihre Großelternrolle reduziert“, sagt Michael von Bach, Geschäftsführer strategische Planung bei der Werbeagentur Jung von Matt: „Heute gibt es im Lebensgefühl kaum noch Unterschiede zwischen Mittvierzigern und Mittsechzigern. Sie werden deshalb als Menschen wie Du und ich inszeniert – als selbstbestimmte, reisende Menschen, die mitten im Leben stehen und es bejahen.“

**Gewachsene Kaufkraft** Das sind sie also, die „Neuen Alten“, von der Marketing-Branche gerne auch als „Best Ager“ tituliert: eigenständig, aktiv, konsumfreudig. Und kaufkräftig dazu: Aufgewachsen in den Babyboomer- und Wirtschaftswunderjahren nach dem Krieg haben viele einen beträchtlichen Wohlstand aufgebaut. In den kommenden Jahren wird in Deutschland so viel Vermögen vererbt wie nie zuvor. Nicht zuletzt: Die Kinder sind aus dem Haus, das Eigenheim ist abbezahlt, und Zeit ist auch genug da. Umfragen zeigen, dass sich ältere Menschen heute gerne etwas gönnen und nicht nur sparen, wie es die Kriegsgeneration noch getan hat. Auch geben viele an, sich mindestens 10 Jahre jünger zu fühlen als sie tatsächlich sind. Diese Selbsteinschätzung schlägt sich auch in der Werbung nieder. „Die Alten werden nicht mehr als alt angesprochen, sondern so, wie sie sich fühlen. Und sie fühlen sich eben nicht als Greise“, sagt Roland Bös, Hamburger Geschäftsführer

der Werbeagentur Scholz&Friends: „So wie es eine moderne Frau mit Sicherheit nicht mehr ertragen kann, für ein Produkt als Heimgen am Herd inszeniert zu werden, so wenig ertragen es ältere Menschen noch, in einem Ohrensessel mit zwei Enkeln auf dem Schoß gezeigt zu werden“, sagt Bös. Er fasst den gesellschaftlichen Wandel so zusammen: „Ruhestandler gibt es heute kaum noch. Wenn, dann sind das Unruhestandler.“ Johanna Metz |

### KOMPAKT

**Werberelevante Zielgruppe** Bisher waren die 14- bis 49-Jährigen Messgröße für die Berechnung der TV-Werbepreise. Heute diskutieren die Sender über eine neue Referenzzielgruppe „20-59“.

**Mehr ältere Zuschauer** Der Durchschnittsfernsehzuschauer ist heute weit über 50 – aber auch viel aktiver und konsumfreudiger als früher. Für die Werbebranche und die Hersteller von Produkten eröffnet sich ein neuer Markt.

**Bundestags-Antrag** Die SPD hat die Regierung jüngst in einem Antrag (17/2145) aufgefordert, die Vermittlung „positiver Altersbilder in den Medien“ zu fördern. Sie sollen „der Realität und Vielfalt des Alters“ tatsächlich entsprechen.

## Surfen und schmökern

**ALLENSBACH-STUDIE** Immer mehr Ältere nutzen das Internet

Der Witz geistert durch das Web 2.0: Warum verschwinden Senioren ständig spurlos im Internet? Weil Sie „ALI“ und „ENTFERNEN“ gleichzeitig drücken... So so, die Rentner: Wenn sie überhaupt einen Computer haben, sitzen sie hilflos davor und müssen ihre Enkel fragen, wenn sie eine E-Mail verschicken wollen. Viel lieber sehen sie fern oder lesen ihre gute alte Zeitung. Soweit das Klischee. Doch das trifft nur noch bedingt zu, wie eine aktuelle Studie zum Mediennutzungsverhalten älterer Menschen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt. Danach sind Fernsehen und Zeitung zwar noch immer die Lieblingsmedien der Älteren. Doch eine wachsende Zahl von ihnen interessiert sich inzwischen auch für das Internet und informiert sich online und papierfrei über das Weltgeschehen.

**Ältere holen auf** 86,1 Prozent der 14- bis 29-Jährigen suchen Informationen heute im Netz. Doch auch in der Generation 60plus macht das schon jeder Vierte (25 Prozent). In der Altersgruppe der 60- bis 75-Jährigen sind es sogar 32,1 Prozent. 17,3 Prozent der Älteren nutzen das Internet täglich, vor allem um E-Mails zu schreiben oder um zu recherchieren. 22,4 Prozent haben einen PC zu Hause (14-29: 55,5 Prozent), 15,6 Prozent ein Notebook (66,7 Prozent). Seltener

nutzen Menschen ab 60 Handys oder Smartphones: nämlich nur 1,5 Prozent (14-29: 34 Prozent).

**Printauflagen sinken** Fakt ist aber auch, dass die Auflagen der Printmedien seit Jahren sinken, während die Leserzahlen online kontinuierlich steigen. Das liegt daran, dass die Jüngeren immer weniger mit bedrucktem Papier anfangen können. Zwar bejahen 39,6 Prozent der 14- bis 29-Jährigen die Aussage „Ich lese Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, sobald ich etwas Zeit habe“. Demgegenüber stehen aber 54,5 Prozent der über 60-Jährigen. 61,1 Prozent der Älteren lesen Berichte in Zeitungen, aber nur 28,2 Prozent der Jungen. Lediglich 10 Prozent der Menschen ab 60 zählt die Allensbacher Studie zu den „weitgehend Print-Abstinente(n)“, dafür aber 28,1 Prozent der 14- bis 29-Jährigen. 59,5 Prozent der Älteren gelten demgegenüber als „Umfassend Printaffine“ – aber nur 23,7 Prozent der Jungen. Trotzdem: Noch immer lesen 48 Millionen Deutsche Tag für Tag eine gedruckte Zeitung; die Reichweite der Tageszeitungen liegt damit bei 68,4 Prozent. Mehr als jeder vierte Deutsche, egal welchen Alters, schaut an einem normalen Werktag aber auch mindestens drei Stunden fern. Und das ist diesmal – leider – kein Witz. Johanna Metz |

## Nintendo im Altersheim

**MEDIEN FÜR SENIOREN** Der Markt für spezielle Angebote an die Generation 60plus wächst

Spielkonsolen sind nichts für Ältere? Weit gefehlt. Immer mehr Hochbetagte schwingen sich mit Begeisterung den Controllern, in manchen Seniorenheimen gehören virtuelle Bowling-Meisterschaften mittlerweile zum Standardprogramm. Gerontologen beobachten diesen Trend mit Interesse. Dabei haben sie nicht nur den Spaßfaktor für ihre Klientel im Blick; sie wollen vor allem herausfinden, inwiefern sich bewegungsgeleitete Computerspiele – etwa die Spielkonsole Wii des japanischen Herstellers Nintendo – zu therapeutischen Zwecken wie das Training von Beweglichkeit, Ausdauer und Gleichgewichtsgefühl eignen.

**Facebook und Co** Die oftmals unterschätzte Aufgeschlossenheit der älteren Generation gegenüber den neuen Medien zeigt sich auch an der rasant wachsenden Zahl der „Silver Surfer“ im Internet und in den sozialen Netzwerken. Einer Umfrage des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) von Anfang 2012 zufolge sind heute 40 Prozent der Internetnutzer zwischen 65 und 69 Jahren in einer Online-Community angemeldet. Vor zwei Jahren waren es erst 17 Prozent. Dabei sind Facebook und Stayfriends in der Generation 50plus die mit Abstand beliebtesten Netzwerke.

Wichtigstes Medium für ältere Menschen ist aber nach wie vor das Fernsehen. Laut dem im Auftrag der Bundesregierung von einer Sachverständigenkommission verfassten Sechsten Altenbericht (2010) sehen die Deutschen ab 60 Jahren im Durchschnitt täglich über viereinhalb Stunden fern. Umso erstaunlicher, dass es bislang keinen eigenen TV-Sender für diese stetig wachsende Zielgruppe gibt, wie es etwa in den USA mit Spartenkanälen wie „Lifetime“ schon längst der Fall ist.

Die Gründe dafür versuchte das Adolf-Grimme-Institut 2007 in einer breit angelegten Studie herauszufinden. Es befragte unter anderem führende Vertreter von Fernsehsendern und Produktionsfirmen. Diese waren fast übereinstimmend der Meinung, dass das ältere Publikum gar kein Interesse an speziell auf sie zugeschnittenen TV-Angeboten habe, weil es sich ja gerade nicht alt fühlen wolle. Inzwischen denken die Programmverantwortlichen offenbar um: So erklärte vor einigen Wochen der Vorstandschef der ProSiebenSat.1 Media AG, Thomas Ebeling, dass das Unternehmen an der Entwicklung eines neuen, frei empfangbaren Spartenkanals für Ältere arbeite, der noch in diesem Jahr an den Start gehen soll. Im Unterschied zu den TV-Sendern haben die Printmedien längst erkannt, dass ältere

Menschen eine eigene Zielgruppe mit spezifischen Bedürfnissen darstellen. Weit über 100 Zeitschriften in Deutschland wenden sich speziell an Senioren; viele davon erscheinen regional und sind kostenlos. Welch ungeheures Marktpotenzial hier schlummert, entdecken zunehmend auch die großen Zeitungsverlage. Sie interessieren sich für die wachsende Zahl der „Best Ager“, die sich

nicht nur guter Gesundheit, sondern auch eines prallen Geldbeutels erfreuen. Ob sich aber genügend Ältere von einem Magazin wie „Viva!“ (Gruner und Jahr) angesprochen fühlen, das in seiner gerade erschienenen ersten Ausgabe den Ruhestand als „spannende Lebensphase“ voller ungeahnter Möglichkeiten preist, wird sich noch zeigen müssen. Nicole Alexander |



Fit mit „Wii“: Bewegungsgesteuerte Computerspiele sind auch bei Älteren beliebt.



# Bankenhilfe statt Ostseestrand

**SONDERSITZUNG** Am 19. Juli unterbrach der Bundestag seine Sommerpause und billigte die Garantie Deutschlands für das europäische Hilfsprogramm für marode spanische Banken.



## PLENARDEBATTE

In der Debatte sprachen im Anschluss an die Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble insgesamt 18 Redner der fünf Bundestagsfraktionen.

Mit 473 Ja-Stimmen bei 97 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen stimmte der Bundestag für die Garantien. In dieser Sonderausgabe der „Debattdokumentation“, die normalerweise als extra Heft dieser Zeitung beiliegt, kommen aus Platzgründen lediglich fünf Redner, einer pro Fraktion, zu Wort. Darüber hinaus sind die Reden in sich gekürzt. Die Reden in voller Länge sind jederzeit abrufbar über die Internetseite des Bundestags [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) als Protokoll und außerdem in der Mediathek als audiovisuelle Beiträge.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister für Finanzen:

## Spanien bekommt das Geld und Spanien haftet



Banken geschaffen. Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Prüfung zu der Auffassung gekommen, dass die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme dieser Hilfen vorliegen, dass die mit der Hilfe verbundenen Auflagen geeignet sind, das spanische Bankenproblem nachhaltig zu lösen, und dass wir ein starkes Interesse daran haben, Spanien zu ermöglichen, seinen erfolgversprechenden Weg grundlegender wirtschafts- und finanzpolitischer Reformen aus eigenem Antrieb weiterzuvorführen.

Die wirtschaftliche Lage in Europa und darüber hinaus ist immer noch durch die Verunsicherung auf den Finanzmärkten über die weitere Entwicklung der Euro-Zone belastet. Das kann man an dem Auf und Ab der Börsen und auch des Euro-Kurses, die beide von den realen Geschehnissen zumeist abgekoppelt sind, ablesen.

Wir haben seit Ausbruch der Vertrauenskrise mit umfassenden finanz- und wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen in den betroffenen Ländern und mit der Schaffung leistungsfähiger Strukturen und Kontrollmechanismen für die gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone erhebliche Fortschritte gemacht. Das ist unbestritten. Aber die Rückgewinnung verloren gegangenen Vertrauens und kann nur Schritt für Schritt erfolgen.

Deshalb hat die Bundesregierung immer wieder darauf hingewiesen, dass es trotz aller zwischenzeitlichen Erfolge zu weiteren Inanspruchnahmen der europäischen Finanzierungsinstrumente kommen kann, also der Finanzierungsinstrumente, mit denen Mitgliedstaaten der Euro-Zone die für den Erfolg von Reformmaßnahmen notwendige Zeit verschafft werden soll.

Die spanische Regierung hat am 25. Juni einen Antrag auf Finanzhilfe gestellt. Spanien sieht sich aufgrund der hohen Nervosität der Finanzmärkte nicht in der Lage, die aus der Immobilienblase resultierenden Verwerfungen im spanischen Bankensektor alleine zu bewältigen. Diese Einschätzung haben die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, EBA, und der Internationale Währungsfonds bestätigt. Es wird an den Märkten bezweifelt, ob es dem spanischen Staat gelingen kann, die Probleme in seinem Bankensektor zu lösen, ohne dabei seine eigene Zahlungsfähigkeit zu gefährden. Schon der Anschein einer Gefährdung der nachhaltigen Zahlungsfähigkeit des spanischen Staates kann zu gravierenden Ansteckungseffekten im Euro-Raum führen. Dadurch werden die Probleme im spanischen Bankensektor zu einem Problem der Finanzstabilität der Euro-Zone.

Wir haben für solche Fälle im vergangenen Jahr das Instrument der Gewährung von Finanzhilfen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, EFSE, an Staaten zur Restrukturierung und Rekapitalisierung von

funktionieren, wenn auch die Probleme im Bankensektor gelöst werden. Da geht es darum, einen Teufelskreis zwischen Staats- und Bankenrisiken zu durchbrechen: Einerseits wird die Stabilität der spanischen Banken infrage gestellt, weil der spanische Staat oftmals für die Lösung der Bankenprobleme als finanziell zu schwach wahrgenommen wird. Andererseits folgt diese Wahrnehmung von angeblicher Finanzschwäche des Staates allein aus der Sorge um mögliche Einstandspflichten bei den Banken.

Um die Unsicherheit zu reduzieren, hat Spanien seinen gesamten Bankensektor einer externen Evaluation unterzogen. Wir wissen aus dieser Evaluation, in welcher Größenordnung Kapitalverstärkungen im Zuge von Restrukturierungen notwendig sein werden. Die Hilfen und die Vorgaben der Restrukturierung des Bankensektors werden vom spanischen Restrukturierungsfonds FROB gemanagt. Spanien stellt den Antrag, Spanien bekommt das Geld zur Bankenrekapitalisierung, und Spanien haftet als Staat für die Hilfen aus der EFSE.

Das jetzige Programm ändert nichts daran, dass der spanische Staat seinen eigenen laufenden Finanzierungsbedarf weiter ganz regulär selber am Markt refinanzieren kann und refinanzieren wird. Eine zügige Umstrukturierung der in Schieflage geratenen spanischen Finanzinstitute ist deshalb wichtig, um den Kapitalmarktzugang des spanischen Staates zu tragbaren Zinssätzen sicherzustellen und Ansteckungseffekte auf andere Staaten in der Euro-Zone zu unterbinden.

Aufgrund der Schwäche einiger spanischer Banken ist in einem insgesamt unsicheren Marktumfeld mit hohen Zinssätzen für die staatliche Kreditaufnahme Spaniens die Finanzstabilität der gesamten Euro-Zone gefährdet. Ohne die extreme Verunsicherung der Finanzmärkte wäre Spanien in der Lage, seinen Bankensektor allein in Ordnung zu bringen. Aber wir haben eben eine Ausnahmesituation, und in dieser Ausnahmesituation helfen wir dem spanischen Staat, gegen die übermäßige Nervosität der Finanzmärkte, und wir leisten damit einen Beitrag zum Erhalt der Finanzstabilität der Euro-Zone insgesamt.

Ich bin überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind, die Probleme in der Euro-Zone zu überwinden und die Basis für eine solide Währungsunion mit einem nach außen und innen weiterhin stabilen Euro zu schaffen. Wir wissen, dass unsere Mitbürger in einem hohen Maße durch die ständigen Krisenmeldungen verunsichert sind.

Deshalb müssen wir wieder und wieder erklären, welche großen Vorteile die europäische Integration einschließlich der gemeinsamen Währung für alle Europäer und nicht zuletzt, sondern vor allem für uns Deutsche hat, Vorteile, die unter gar keinen Umständen gefährdet werden dürfen.

Genauso wichtig ist es, dass nicht ständig unrealistische Erwartungen geschürt und anschließend enttäuscht werden, sondern dass wir beharrlich und Schritt für Schritt die notwendigen Maßnahmen umsetzen. Nur so können wir Vertrauen zurückgewinnen.

Heute geht es darum, Spanien für die Lösung seiner Bankenprobleme die nötige Zeit zu verschaffen. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

Frank-Walter Steinmeier, SPD:

## Dieses Parlament muss Alternativen formulieren



Herr Schäuble, ja, Sie haben recht: Wo man im Augenblick auch hinkommt, überall in Deutschland herrscht große Sorge um die Zukunft der Europäischen Union und unseres gemeinsamen Geldes. Sie haben recht: Die Menschen sind verunsichert. Aber sie sind nicht nur wegen der immer neuen Krisenmeldungen verunsichert, sondern auch zunehmend verzweifelt, weil sie Hunger nach Erklärungen haben. Sie wollen zum Beispiel Antworten auf die Fragen: Wie viele Rettungspakete braucht es eigentlich noch? Hat dieses Fass überhaupt einen Boden? Wohin soll die Reise noch gehen?

Herr Schäuble, ich weiß nicht, der wievielte Versuch eines Mitglieds dieser Bundesregierung das eben war, die Politik der Bundesregierung zu erklären und vor allen Dingen zu erklären, was noch alles vor uns liegt. Eine solche Erklärung hat wiederum nicht stattgefunden. Sie tun es nicht, Frau Merkel tut es nicht. Ich sage Ihnen: Wer sich nicht erklärt, der wird auch nicht verstanden. Die Leute verstehen einfach nicht mehr, wohin Sie wollen.

Es ist doch so: Wir hören, auch in diesem Hohen Hause, seit Monaten immer wieder dieselbe Geschichte. Das ist die Geschichte von den disziplinlosen Südeuropäern, den ökonomischen Hallodris, denen Deutschland nur finanzpolitische Mores lehren muss, und am Ende wird alles besser werden.

Aber ich sage Ihnen, Herr Gröhe: An diese Geschichte – das stellen Sie doch auch fest, wenn Sie unterwegs sind – glaubt keiner mehr. Auch Ihnen glaubt man sie nicht mehr.

Deshalb haben Sie diese Geschichte durch eine zweite Geschichte ergänzt. Das ist die Geschichte von den roten Linien, die bei jeder neuen Bewilligung nicht überschritten werden dürfen. Mit der Aussage „Kein Cent für Griechenland“ hat das alles vor zwei Jahren begonnen.

Das war der Anfang der Rutschbahn; darüber klagen Sie intern doch auch.

Ich weiß nicht, wie viele rote Linien inzwischen formuliert, wie viele rote Linien versichert und wie viele rote Linien betreten worden sind. Mit bloßem Schulterschluss ist in den letzten Monaten noch jede dieser roten Linien überschritten worden. Inzwischen verfallt die Halbwegszeit Ihrer roten Linien nach Tagen. Das ist das ganze

Drama, mit dem Sie intern zu kämpfen haben.

Herr Schäuble, Sie wissen: Ich unterstelle Ihnen im Hinblick auf Europa wahrlich keine bösen Absichten. Aber so werden Sie – und leider eben nicht nur Sie –, so wird die Politik insgesamt die Bevölkerung auf dem europäischen Weg verlieren.

Den Gipfel dieser besonderen Art von Regierungskunst haben wir vor knapp drei Wochen hier im Deutschen Bundestag erlebt: bei der Abstimmung über ESM und Fiskalpaket.

Eine von uns sind ja schon ein paar Jahre in der Politik. Aber das Chaos, das Sie, Frau Merkel und Herr Schäuble, an jenem Freitag Ende Juni hier im Bundestag angeordnet haben, war bis dahin ohne Beispiel.

In den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages haben Sie mit Ihrer Mehrheit noch zwei Tage vor den Abstimmungen die Klarstellung durchgesetzt – Sie haben gesagt, das sei nur eine Klarstellung –, dass keine Direktfinanzierung von Banken aus dem ESM stattfinden darf. Weniger als 48 Stunden später erklärte die Kanzlerin, die ja von diesen Regierungsfaktionen getragen wird, in Brüssel das genaue Gegenteil: Die Direktfinanzierung soll kommen.

Es ist sogar so weit gekommen, dass nicht einmal Ihre eigenen Leute noch daran glauben. Wir wollen nicht vergessen: Dreimal haben Ihnen die Koalitionsfraktionen bei der Abstimmung über den ESM die Gefolgschaft verweigert. Dreimal, und das in einer so bedeutsamen Frage! Es hat, meine Damen und Herren, Kanzler und Regierungen in der Geschichte dieser Republik gegeben, die daraus andere Konsequenzen gezogen hätten, als betreten zu schweigen und sich in die Sommerpause zu retten.

Herr Schäuble – auch das kann ich Ihnen nicht ersparen –, Sie haben uns noch im Mai dieses Jahres erklärt, dass Spanien nicht unter den Rettungsschirm muss, zu einem Zeitpunkt, als die Spatzen schon das Gegenteil von den Dächern pfeifen. Das ist genau das, was wir Ihnen immer wieder vorgeworfen haben: dass Sie die Karten nicht frühzeitig, auch für das Parlament durchschaubar, auf den Tisch legen, sondern lavieren und taktieren, solange es geht, und Parlament und Öffentlichkeit im Unklaren lassen. Wer wollte, der konnte schon im Mai, mit Sicherheit aber Anfang Juni wissen, dass Spanien Hilfe brauchen würde.

Wir wissen seit langem: Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen. Die Krise kommt auch im stärksten europäischen Exportland an. Eines ist sicher: Wenn die europäischen Volkswirtschaften, eine nach der anderen,

wirklich ins Trudeln geraten würden, dann wäre nicht auszuschließen, dass am Ende auch Deutschland in diesem Strudel mitgerissen wird. Wir müssen den Menschen sagen, dass nicht Spanier, Griechen und Portugiesen, sondern wir, wir Deutsche, das größte Interesse an der Überwindung der europäischen Krise haben. Wir müssen sagen, dass dieser Weg hart wird, dass er lange dauern wird und mit erheblichen Lasten, auch für unser eigenes Land, verbunden sein wird. Den Menschen dies offen ins Gesicht zu sagen, ist eigentlich nicht Aufgabe der Opposition. Das wäre Ihre tägliche Aufgabe seit Mai 2010 gewesen.

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass viele in meiner Fraktion überhaupt nicht davon überzeugt sind, dass wir das Richtige tun. Wenn die Mehrheit dennoch zustimmt, dann nur deshalb, weil der Schaden durch eine Verweigerung Deutschlands gegenüber Spanien auch aus unserer Sicht katastrophal wäre. Aber damit ist auch gesagt: Es kann so nicht weitergehen. Die Rettung von Banken durch den ESM – das müsste auch Ihr Interesse sein – darf nicht zur Dauerlösung werden. Ich sage Ihnen: Wer immer es vorhat, es wird keinen direkten Weg von der Spanien-Hilfe zur dauerhaften Rekapitalisierung von kriselnden Banken geben, jedenfalls nicht mit uns.

Das Gegenteil muss doch die Aufgabe sein. Wir müssen aus diesem Parlament heraus Alternativen formulieren. Wir müssen Staatsrisiken und Bankenrisiken voneinander trennen und endlich Vorschläge für ein Trennbankensystem oder die Anwendung der Volcker Rule in Deutschland machen. Wir müssen Banken untereinander für die eigenen Risiken einstehen lassen, ohne dass der Steuerzahler in Zukunft weiterhin belastet wird. Deshalb brauchen wir einen eigenständigen Banken-ESM – meinethwegen für systemrelevante Banken –, der sich über eine europäische Bankenabgabe finanziert. Das ist die Alternative, meine Damen und Herren. Wir dürfen uns da nicht länger treiben lassen. Wir müssen Alternativen aufzeigen.

Nun weiß ich nicht, wie das in Ihren Fraktionen so geht. Aber ich sage Ihnen: Jede Woche mit neuen Nachrichten von Praktiken

auf den Finanzmärkten lässt den letzten Rest von Verständnis für eine Bankenrettung bei uns schwinden. Es ist ja schlimm genug, dass Bankenvorstände in der Vergangenheit ganz offenbar nicht genau wussten, mit welchen Risiken sie wirklich hantieren. Es ist ein Skandal, dass auch seriöse Institute oder solche, die sich so bezeichnen, in Europa offensichtlich auf den Niedergang ganzer Volkswirtschaften gewettet haben. Aber dass die grenzenlose Gier keinen Halt macht vor der systematischen Manipulation von Aktienkursen, das übersteigt doch wahrscheinlich sogar unsere gemeinsamen Vorstellungen.

Mein Abschlussatz ist nur: Kommen Sie bitte auf dieses Parlament nicht wieder auf den letzten Drücker zu. Zurren Sie die Dinge nicht endgültig fest, bevor Sie hier ins Hohe Haus kommen. Sie haben es in den letzten Wochen gespürt: „Friss oder stirb“, das geht mit diesem Parlament nicht mehr. Das wäre das Ende von europäischen Gemeinsamkeiten, die es parteiübergreifend in diesem Hause immer noch gibt.

Herzlichen Dank.

**»Die Rückgewinnung verloren gegangenen Vertrauens dauert und kann nur Schritt für Schritt erfolgen.«**

**»Wir wissen seit langem: Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen. Die Krise kommt auch im stärksten europäischen Exportland an.«**





**AUFGEKEHRT**

**Verlieren für Europa!**

Nein, ein optimaler Start war das für die deutsche Olympiamannschaft in London nicht. Mit den Sportlern leiden Millionen Deutsche, die doch eigentlich bei strahlendem Sonnenschein einen Medaillenregen feiern wollten. Für die Volkvertreter bedeutet das: Ihr Einsatz ist gefragt. Statt lästiger Schlagzeilen über Koalitionskrach und den immerwährenden Vorwürfen, in der Eurokrise nicht, nicht richtig oder nicht schnell genug zu handeln, könnten sie in diesen Tagen durchweg positive Meldungen erzeugen; ganz ohne Sondersitzungen des Bundestages oder Marathon-Abstimmungen. Doch wie ließe sich eine Rettungsaktion für die deutschen Sportler organisieren? Soll eine „Taskforce London“ rivalisierende Teams mit der Aussicht deutscher Zustimmung zu Euro-Bonds zum Aufgeben bewegen? Könnten Konkurrenten mit der am Beckenrand gemurmelt Drohung „Euer Austritt aus der EU hat für uns längst den Schrecken verloren“ so eingeschüchtert werden, dass sie nur noch mit halber Kraft ihre Bahnen ziehen? Auch die Frage, wie Sportler auf Linie gebracht werden sollen, die die Kürzel EFSE, ESM und EZB allenfalls mit leistungssteigernden, aber verbotenen Unterstützungsmitteln in Verbindung bringen, ist noch ungeklärt. Doch gut informierte Kreise munkeln, Kanzlerin Angela Merkel habe den Überlegungen der Rettungsrebellen bereits im Vorfeld die Unterstützung verweigert: Mit der Aktion würde ihre geheime Kampagne zur Pflege des deutschen Images als Sparweltmeister gefährdet. Deren Motto: Wir verzichten auf alles, sogar auf Medaillen. Und gerade für die Südeuropäer seien Medaillengewinne doch geradezu existentiell – könnte das Edelmetall doch umgehend eingeschmolzen und dem Staatshaushalt zugeschlagen werden. Die deutsche Devise lautet daher: Verlieren für Europa! *Susanne Kailitz*

**VOR 60 JAHREN ...**

**Kampf gegen die Krise**

**14. August 1952: Bundesrepublik wird Mitglied des IWF und der Weltbank** Man stelle sich vor, Deutschland zahlt gemeinsam mit anderen Staaten Geld in einen Topf, mit dessen Hilfe klammern Länder unter die Arme gegriffen werden soll – in Form von Krediten. Klingt ein wenig nach EU-Rettungsschirm, doch in dem Fall handelt es sich um eine knappe Beschreibung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Seit dem 14. August 1952 ist die Bundesrepublik IWF-Mitglied. Zeitgleich trat sie der Weltbank bei.



Zentrale der Weltbankgruppe in Washington D.C.

Der IWF wurde 1944 in Bretton Woods (USA) gegründet, um nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und den Problemen durch den Zweiten Weltkrieg den internationalen Handel wiederzubeleben und die Währungen zu stabilisieren. Die Weltbank dagegen vergab in den Jahren nach ihrer Gründung 1945 insbesondere Kredite zum Wiederaufbau Europas. Heute leistet sie vor allem Entwicklungshilfe. Treibende Kraft hinter dem deutschen Beitritt in die beiden UN-Sonderorganisationen waren die USA, die Deutschland auch wirtschaftlich weiter in den Westen integrieren wollten. Ein Ansinnen, das dem marktwirtschaftlichen Kurs von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) entgegenkam, der erster deutscher IWF-Gouverneur wurde. Während die aktuelle IWF-Chefin Christine Lagarde schon vor einer neuen Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren warnte, empfehlen manche Politiker den IWF als Vorbild für eine Lösung der Euro-Krise. Einige Parallelen zur Vergangenheit scheint es tatsächlich zu geben. So sagte einst schon Erhard: „Stabilität beginnt zuhause. Das ist genau das, was uns in Europa fehlt.“ *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: IM KUNST-RAUM DES BUNDESTAGES**



Zahlreiche Grafiken hat die Kunstsammlung des Bundestages in den vergangenen Jahren erworben. Sie sind noch bis zum 9. September im Kunst-Raum ausgestellt.

**»Enormes Interesse der Öffentlichkeit«**

Zwei leise Frauenstimmen empfangen den Besucher, der sich wie in eine andere Welt versetzt fühlt, wenn er aus der grellen Augustsonne in den kühl-dämmrigen Kunst-Raum des Bundestages tritt, der im Erdgeschoss des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses am Ufer der Spree liegt. Die Stimmen sind Teil einer Raumzeichnung mit Sound, die die Künstlerin Brigitte Waldach eigens für die Ausstellung „Neue Linien – Neuerwerbungen grafischer Kunst für die Kunstsammlung des Deutschen Bundestages“ geschaffen hat und die die gesamte obere Ebene des Kunst-Raumes einnimmt. „Nervös“ nennt Waldach ihre Installation aus elastischen Schnüren und Schrifffolgen an den Wänden – eine Anspielung sowohl auf unsere hektischen Zeitaläufe als auch auf die These des Arztes und Psychologen Alfred Adler, nach der Unruhe eine Ursache für Kreativität ist. Den gleichförmigen Monologen der Installation kann und will man sich auch beim Betrachten der Grafiken im Erdgeschoss des Kunst-Raumes nicht entziehen, allesamt Neuerwerbungen der vergangenen Jahre für die Kunstsamm-

lung des Bundestages. „Es ist das zweite Mal seit seinem Umzug nach Berlin, dass das Parlament im Rahmen einer Ausstellung einen Einblick in seine Artothek bietet“, erzählt Kristina Volke, stellvertretende Kuratorin der Kunstsammlung. „Damit reagiert es auf das enorme Interesse der Öffentlichkeit an dieser Sammlung.“ Begründet wurde sie 1969. Damals erwarb der Bundestag auf Vorschlag des Abgeordneten Professor Dr. Gustav Stein 500 Grafiken zu je 500 DM. Der Grundstock für eine Artothek, aus der sich die Volkvertreter Kunstwerke für die Gestaltung ihrer Büros ausleihen können, war gelegt. Seit 1976 wird die Sammlung durch den Ankauf weiterer Werke Jahr für Jahr erweitert, 175.000 Euro stehen dafür jährlich zur Verfügung. Vorschläge für Ankäufe kann jeder Parlamentarier machen; die Entscheidung trifft der Kunstbeirat des Bundestages. Diesem Gremium gehören neun Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Fraktionen an, den Vorsitz führt Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Bei den Neuerwerbungen legt das Gremium

ein besonderes Augenmerk auf junge Künstler. „Da sich diese seit einigen Jahren vermehrt der Grafik zuwenden, gelangen zahlreiche großartige Zeichnungen in unsere Sammlung“, erklärt Kristina Volke. „Das hat für uns zwei Vorteile: Grafik ist preiswerter als etwa Malerei. Und in letzter Zeit findet gerade auf dem Gebiet der Grafik ein künstlerischer Innovationsschub statt, der für die gesamte Kunstproduktion Bedeutung hat.“ Es ist also kein Zufall, dass die aktuelle Ausstellung diese Form der Bildenden Kunst in den Mittelpunkt stellt. Einen expliziten Politikbezug haben nur wenige der ausgestellten Werke. Eine Ausnahme sind die Zeichnungen von Matthias Beckmann, der im Stil der Graphic Novel Szenen aus dem Parlamentsleben festgehalten hat. Der Künstler fertigte die Zeichnungen während eines Praktikums im Abgeordnetenbüro von Franz Müntefering (SPD) an. Klar, dass sich der Bundestag die Chance nicht entgehen ließ, Beckmanns Serie für seine Kunstsammlung zu erwerben. *Nicole Alexander*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 29-31 vom 16.07.2012 „Rechtsextremismus“, Seite 1-15** Die Ausgabe mit dem Sonderthema Rechtsextremismus leidet an der wiederholten Verwechslung beziehungsweise Gleichsetzung der Begriffe „rechts“ und „rechtsextrem“. „Rechte“ werden somit umstandslos mit den Rechtsextremen – also Verfassungsfeinden – gleichgesetzt. Wenn Sie nicht nur die Rechtsextremen, sondern auch die Rechten, also die konservativen, gleichwohl demokratischen Bürger aus der Gesellschaft ausgrenzen, bleibt nur noch die Linke als verfassungstreu übrig, denn eine Mitte gibt es dann nicht mehr, weil die Mitte links und rechts logischerweise voraussetzt. Es kann doch nicht zuviel verlangt sein, von politischen Journalisten zu erwarten, dass sie „rechts“ (im Rahmen der Demokratie) von „rechtsradikal“ (äußerst rechts, aber noch im Rahmen der Anerkennung der Demokratie) und „rechtsextrem“ (eine Diktatur anstrebend) zu unterscheiden wissen. Mit der Verwischung der Begriffe und Zuordnungen wird dem notwendigen Eintreten gegen den Rechtsextremismus (und auch gegen den Rechtsradikalismus) ein schlechter Dienst getan. *Edgar Guhde, Düsseldorf*

**Zur Ausgabe 29-31 vom 16.07.2012, „Rassismus im Stadion“, Seite 11** Es freut mich, dass Ihre Zeitung auf meine Initiative „Fußball-Fans gegen Rechts“ auf Facebook aufmerksam geworden ist und über diese berichtet hat. *M. Bendel, Berlin*

**Zur Ausgabe 29-31 vom 16.07.2012, „Morden im toten Winkel“, Seite 1** Weshalb verschweigen Sie in Ihren Anmerkungen zur Person von Herrn Pfahl-Traugbber, dass er Mitarbei-

ter des Verfassungsschutzes war? Das lässt seinen Beitrag nämlich in einem völlig anderen Licht erscheinen. Weder Ihr Eingangstatement noch der oben genannte Beitrag gehen im übrigen auf die ungläubliche Schlampelei, Ignoranz und Arroganz ein, mit der das Thema „NSU“ von einigen Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden jahrelang bearbeitet worden ist. *Rainer Borsdorf*

**Zur Ausgabe 29-31 vom 16.07.2012 „Morden im toten Winkel“, Seite 1** Der Bericht von Armin Pfahl-Traugbber über die Morde mit rechtsextremistischem Hintergrund zieht einen zu engen Blickwinkel. Denn in einem wichtigen Punkt hat der Staat doch weggeschaut. Und zwar bei der

Etablierung einer neuen rechten Jugendkultur, die das Vakuum in Ostdeutschland gefüllt hat, nachdem etliche Einrichtungen für junge Menschen nach der Wende geschlossen wurden. Wozu neben vielen Klubs und weiteren sozialen Anlaufstellen vor allem die zu Beginn der 1990er Jahre äußerst populären Jugendmedien „DT64“ und „Elf99“ gehören, die verunsicherten Individuen Halt hätten geben können. Die damaligen Programme zeichnete aus, dass sie anders als die meisten heutigen Sender auf Informationen zum Mitdenken setzten. Weswegen man, um die aktuelle Situation zu verstehen, sich auch mit den Fehlern im Zuge der Wiedervereinigung befassen muss! *Rasmus Helt, Hamburg*

**Zur Zeitung „Das Parlament“, Rubrik „Parlamännchen“, Seite 3** Ich bin fest davon überzeugt, dass Erklärungen wie die im „Parlamännchen“ nicht nur für Kinder gut sind, sondern dass diese auch Erwachsenen helfen, die sich durch die Flut von Begriffen wie ESM, IWF, Staatsanleihen und anderen überfordert fühlen. *Manfred G. Hackauf, Muszaki, Polen*

**Zur Ausgabe 27-28 vom 2.07.2012, „Neuer Schub für Europa“, Seite 1** Die Kanzlerin beschwört die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum. Aber sie verliert kein Wort darüber, dass Nachhaltigkeit im verantwortlichen Umgang mit den Ressourcen unserer Erde besteht, weil sie die Grundlage unserer Existenz und Wirtschaftsweise bilden. Allgemeinere Güter sind anders als Privateigentum vor einem Zugriff nicht geschützt. Will man der Regierung glauben, ist es Unternehmen erlaubt, Erzeugnisse durch Raubbau an der Natur günstiger anzubieten, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein. Und das wird dem Wähler dann noch als Erfolgsstory verkauft. *Alfred Peim*

**SEITENBLICKE**



**PERSONALIA**

**>Albert Nehm † Bundestagsabgeordneter 1978-1990, SPD** Am 14. Juli starb Albert Nehm im Alter von 80 Jahren. Der aus dem hessischen Baunatal stammende Stellmacher und Gewerkschafter wurde 1954 SPD-Mitglied. Der langjährige Direktkandidat des Wahlkreises Werra-Meißner arbeitete ausschließlich im Haushaltsausschuss mit.

**>Günter Maleuda † Bundestagsabgeordneter 1994-1998, parteilos** Am 18. Juli starb Günther Maleuda im Alter von 81 Jahren. Der promovierte Agrarwissenschaftler trat 1950 in der DDR der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands bei und wurde 1987 Parteivorsitzender. Maleuda, von 1981 bis 1990 Volkskammermitglied, zog 1994 als Parteilos auf der Liste der PDS in den Bundestag ein. Er saß im Landwirtschaftsausschuss.

**>Paul Röhner Bundestagsabgeordneter 1965-1982, CSU** Am 7. August wird Paul Röhner 85 Jahre alt. Der ehemalige Bamberger Oberbürgermeister von 1982 bis 1994 trat 1965 der CSU bei und gehörte von 1975 bis 1989 dem Landesvorstand und dem CSU-Präsidium an. Röhner war von 1975 bis 1982 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.

**>Volker Schemmel Bundestagsabgeordneter 1990, SPD** Volker Schemmel wird am 12. August 70 Jahre alt. Der Maschinenbauingenieur aus Altenburg zählte 1989 dort zu den SPD-Mitbegründern, wurde Vorsitzender des Ortsvereins und gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von 1994 bis 1999 amtierte Schemmel als Staatssekretär in der thüringischen Landesregierung.

**>Ludwig Eich Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD** Ludwig Eich wird am 18. August 70 Jahre alt. Der Datenverarbeitungskaufmann aus Buchholz im Westertal schloss sich 1969 der SPD an, war Mitglied des Kreisvorstands und bis 1983 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Neuwied. Von 1983 bis 1990 saß er im Mainzer Landtag, 35 Jahre war er Mitglied des Neuwieder Kreisrats. Eich engagierte sich im Bundestag im Finanzausschuss.

**>Jochen Feilcke Bundestagsabgeordneter 1983-1998, CDU** Jochen Feilcke wird am 19. August 70 Jahre alt. Der Berliner Verbandsreferent trat 1964 der CDU bei, wurde 1977 Vorsitzender des Kreisverbands Schönberg und gehörte dem CDU-Landesvorstand an. Von 1975 bis 1983 war Feilcke Mitglied des Abgeordnetenhauses. Im Bundestag engagierte er sich in allen vier Wahlperioden im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

**>Heinrich Pohlmeier Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CDU** Am 22. August vollendet Heinrich Pohlmeier sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Germanist und Studiendirektor aus Büren trat 1964 der CDU bei, stand von 1967 bis 1985 an der Spitze des CDU-Kreisverbände Büren beziehungsweise Paderborn und gehörte von 1970 bis 1980 dem NRW-Landtag an. Pohlmeier, engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1987 bis 1990 war.

**>Karlheinz Gutmacher Bundestagsabgeordneter 1990-2005, FDP** Am 24. August wird Karlheinz Gutmacher 70 Jahre alt. Der promovierte Chemiker und Hochschullehrer trat 1961 der LDPD in der DDR bei. Seit 1991 gehörte er dem FDP-Landesvorstand und von 1995 bis 2003 dem Präsidium der thüringischen FDP an. 2002/03 war er Landesvorsitzender seiner Partei. Gutmacher engagierte sich vorwiegend im Petitionsausschuss. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 27. August.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 10.-14.08.2012  
Haushaltsjahr 2012 (Di-Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream